

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementspreis mit Postfr. 2.000 Mark. Einzelverkaufpreis: 10 Goldpfennige.

Reaktion: Johanniststr. 46.

Fernruf: 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Lübecker



Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 176

Mittwoch, 30. Juli 1924

31. Jahrgang

Der Kampf um die Räumung.

In London und in — Berlin.

Dr. L. Lübeck, 30. Juli.

In einer Heilanstalt gaben sich die Ärzte alle erdenkliche Mühe, einen der Kofainsucht verfallenen Studenten von seiner Leidenschaft zu heilen. Zu allen Kuren, Rezepten usw. schüttelte der Kranke nur den Kopf. Und sagte immer dasselbe: Alles umsonst, meine Herren! Alles umsonst! Solange Sie nicht aus meinem Hirn das Stück heraus schneiden können, wo die Erinnerung an meinem Kotsgenuß sitzt, solange werden Sie mir mein Laster auch nicht ausreiben.

Bei dieser kleinen Geschichte denkt man leicht an Frankreich. Es lebt in der beständigen Angst vor der deutschen Renanche. Alle Kuren, Rezepte und Konferenzen sind wertlos, solange es nicht gelingt, die Erinnerung an den furchtbaren Krieg und die Leiden Frankreichs auszuschneiden. Hier liegt der Hauptgrund, weshalb die Verständigung soviel Zeit braucht, sich immer wieder verschleppt. Alles scheint in schönster Entwicklung zu sein — plötzlich wird Frankreich störrisch und alles ist wieder in Frage gestellt. Dann beginnt die ganze Geschichte von vorne.

Es ist leicht über diese Tatsachen zu schimpfen. Schwerer schon ist es, sie vernünftig in Rechnung stellen. Das Schwierige aber ist und wird sein, sie aus der Welt zu schaffen. Die Belastung des französischen Geistes mit der Erinnerung an das Grauen von 1914—1918, wo jeden Augenblick die Deutschen vor Paris stehen konnten, ist so allgemein, daß selbst Sozialisten nicht davon frei sind. Sagte doch der bekannte Vorkämpfer der deutsch-französischen Verständigung, der Sozialist Leon Blum: Que-voulez-vous? Nous sommes des vainqueurs menacés! Wir sind eben bedrohte Sieger!

Man mag zu dieser Einstellung stehen wie man will, sie ist da, und man muß damit rechnen.

Vor allem muß Herriot damit rechnen, soweit er ihr nicht selbst auch unterworfen ist.

Nur so ist das ganze schwierige Auf und Ab in London zu verstehen. Die Verständigung liegt sozusagen auf der Hand. Der Dawes-Bericht wird allseitig angenommen, die Anleihezeichner wollen die nötigen Gelder zur Verfügung stellen. Trotzdem — man kommt nicht von der Stelle?

Weshalb nicht? Frankreich glaubt sich bedroht. Frankreich will Sicherheiten haben gegen in Wiederanschwellen der deutschen Gefahr. Diese Forderung ist einfach zur fixen Idee geworden, zur Mahnvorstellung. Alle Verhandlungen kehren im Kreise zu dem einen Punkt zurück: Keine Schwächung der militärischen Machtmittel Frankreichs gegen Deutschland.

Daraus ergeben sich die beiden Forderungen Frankreichs: Wir wollen die militärische Machtposition an Rhein und Ruhr behalten; und wir wollen die Möglichkeit haben, bei Gelegenheit von diesen Machtpositionen Gebrauch zu machen. Die erste Forderung bedingt Frankreichs ablehnende Stellung zur Räumung der Ruhr; die zweite aber ist der Grund für den Streit um die eventuell Sanktionspolitik.

Herriot ist klug genug, um zu wissen, daß solche einseitige militärische Politik sich auf die Dauer selbst totkaufen muß. Trotzdem kann er sich nur schwer davon trennen, eben wegen der französischen Mahnvorstellung. Er hat seine Forderungen genannt den Kampf um ein Symbol.

Das trifft in der Tat den Wesenskern des Streits am besten. Aber — die Geldleute wollen von Symbolen nichts hören, sie rechnen mit den Tatsachen. Alles andere kümmert sie nicht. Und wahrscheinlich werden sie auch ihren Willen schließlich durchsetzen. Denn es ist nicht nur im kleinen Geschäft, sondern auch im großen so: Das meiste Geld gewinnt.

Interessant ist aber eine andere Entwicklung, die in Berlin vor sich geht. Die Deutschnationalen segeln in großer Fahrt auf den Bürgerkrieg zu. Dazu machen sie sich bereit, den Dawesplan zu schlucken. Weshalb sie von den Völkischen fürchterlich beschimpft werden. Die Deutschnationalen leugnen, jemals das Dawesgutachten abgelehnt zu haben. Und behaupten heute, wenn die Franzosen die Ruhr räumen wollen, so sei der Dawesplan annehmbar. Selbstverständlich stimmen die Völkischen über diese Auffassung ein teuflisches Gelächter an. Wobei sie, nach unserer Meinung, im Recht sind.

Wir werden zu dieser innerdeutschen Entwicklung der „Räumungsfrage“ demnächst ausführlich Stellung nehmen.

*

Die Räumung als Handelsobjekt? Wirtschaftliche oder militärische Räumung?

Paris, 30. Juli. (Radio.)

Die Frage der militärischen Räumung der Ruhr ist am Dienstag eingehend zwischen den alliierten Ministerpräsidenten besprochen worden. Nachdem Macdonald, wie Petit Parisien mitteilt, das Zugeständnis gemacht haben soll, daß die Regelung der Durchführung ausschließlich Sache der französischen und belgischen Regierung sei, haben deren Sachverständigen bereits am Dienstag mit der Aufstellung eines Räumungsprogramms begonnen, die für die wirtschaftliche Freigabe der besetzten Gebiete mehrere Etappen vorsehe. Seine Durchführung soll, wie das Blatt weiter mitteilt,

von dem guten Willen Deutschlands in der Erfüllung gewisser Verpflichtungen abhängig gemacht werden,

die in einigen Punkten noch festzulegen sei. Nach dem Matin soll von englischer Seite der Wunsch ausgesprochen worden sein, daß die militärische Räumung innerhalb von 6 Wochen beendet sei, wogegen die französischen Sachverständigen eine Frist von 2 Jahren für notwendig erklärt hatten, vorausgesetzt, daß die Durchführung des Dawes-Planes sich befriedigend vollziehe. Von französischer Seite werde weiterhin versucht, die Engländer zu bestimmen, die Räumung der Kölner Zone bis zum definitiven Ende der Ruhrbesetzung hinauszuführen. Die Diskussion habe gezeigt, daß die Belgier nach Ausgabe der produktiven Pfänder der militärischen Besetzung nur sehr nebensächliche Bedeutung beizumessen. Andererseits befindet sich Herriot in schwieriger Lage durch die verschobenen Erklärungen Poincarés, wonach die französischen Truppen an der Ruhr ausschließlich dem Schutze der Zivilbevölkerungsbefehle dient. Inzwischen könne Herriot Macdonald entgegenhalten, daß er in dieser Frage der öffentlichen Meinung in Frankreich Rechnung tragen müsse, für die die Besetzung der Ruhr eine Art Symbol sei und daß die Haltung Deutschlands zu Vorstufungsmaßnahmen zwingt. Im übrigen aber werde er versuchen müssen, die militärische Räumung mit der Frage der Stabilität und der alliierten Schulden zu verknüpfen. Wenn das nicht gelingt, werde er sich unter Berufung auf die Vereinbarungen vom 9. Juli jeder Diskussion entziehen können. In unterrichteten Kreisen in Paris nimmt man an, daß, wenn es gelingen sollte, daß die neuen französischen Vorschläge zu einer Einigung gelangen, die Konferenz spätestens Mitte oder Ende der kommenden Woche mit befriedigendem Ergebnis zu Ende gehen werde.

Das kleine Opfer für die freie Republik, ihre Farben für die Feiertage bereit zu halten, darf keiner scheuen. Wer keine große Fahne kaufen kann, erwirbt für seine paar Groschen schwarzes, rotes und goldgelbes Fahnenstück und näht es zusammen. Und dann stolz heraus damit, zeigt die Farben überall! Ersticht damit die schwarz-weiß-roten und die paar Halbkreuzfahnen! Demonstriert auf diese Weise eure Gefühle für die Republik!

Am 3. August ist der offizielle Gedenktag der Toten des Weltkrieges. Die öffentlichen Gebäude haben an diesem Tage geflaggt. Ohne Zweifel werden die Reaktionen gerade an diesem Tage ihre Protest- und Kampffahnen gegen die Republik zeigen. Sorgt dafür, daß dann die schwarzrotgoldenen Farben überall die Straßen und Häuserfronten beherrschen.

Am 11. August ist Verfassungstag. An diesem Tag müssen aus jeder Wohnung freisinnliebender und republikanischer Menschen unsere schwarzrotgoldenen Farben wehen. Den Verächtern der Republik muß gezeigt werden, daß die Masse des Volkes nicht mehr mit sich spaßen läßt. Sie müssen ihre hoffnungslose Schwäche an diesem Tage aus der Fülle schwarzrotgoldener Banner ablesen können. Sie müssen ihre reaktionären Hoffnungen zerfliegen sehen.

Darum heraus mit Schwarz-rot-gold!

Last Schwarz-rot-gold wehen!

Die monarchistischen Parteien und die Kampfverbände gegen die Republik haben ihre Kräfte konzentriert gegen die neue Staatsform geordnet. Dem Symbol der Republik, der schwarzrotgoldenen Fahne, haben sie ihre eigenen Embleme gegenübergestellt. Ihr Feldgeschrei ist Schwarzweißrot gegen Schwarzrotgold.

Mit der Verunglimpfung der republikanischen Fahne wollen sie die Achtung vor der Republik untergraben. Es sah zeitweilig so aus, als ob sie damit wirklichen Erfolg hätten. Diese Gefahr rüttelte viele, bis dahin Gleichgültige auf, sich um die Republik zu kümmern. Das Reichsbanner Schwarzrotgold, das daraus entstanden ist, zählt heute schon mehr als eine Million Mitglieder. Eine Riesenzahl. Sie wächst Tag um Tag in raschen Fortschritten an. Die Wehrmannschaft der Republik gegen reaktionäre Zerstücklungspläne sammelt sich.

Aber ist dies alles? Genügt das?

Nein! Nun heraus mit den Fahnen der Republik. Kein allgemeiner politischer Feiertag, ohne daß von Türmen und aus Fenstern, von Staatsgebäuden und aus Wohnhäusern und über den Schrebergärten ein Farbenmeer von Schwarz-rot-gold weht.

Bilder aus dem Reichstag.

Dr. L. Lübeck, 30. Juli.

Im Reichstag ist ein Umbruch eingetreten. Eine Verschiebung sozusagen. Die Kommunisten sind milder geworden, ruhiger. Der Donner der ersten Tage ist verklungen, seitdem die Diäten auf dem Spiel stehen. Seitdem Remmele für seinen scheinbaren Tobsuchtsanfall 20 Tage auf farge Ration gesetzt wurde, sind die kommunistischen Tobsuchtsanfälle seltener und auch harmloser geworden.

Dafür packt es jetzt aber mehr und mehr die Völkischen an. Die Garde des Herrn von Gräfe.

Das deutschvölkische Fürsorgepensionat.

Ein sozialdemokratischer Sprecher stellte fest: Von den 32 völkischen Abgeordneten sind 16 Offizierspensionäre. (Zwischenruf im Zentrum: die anderen 16 Fürsorgepensionäre!) Also ein parlamentarisches Fürsorgepensionat. Der Abgeordnete Ludendorff allein bezieht eine Jahrespension von 22000 Goldmark.

Ein ohrenbetäubender Lärm setzt ein. Die ganze völkische Menagerie pflanzt sich heulend und zappelnd um das Rednerpult auf. In der Mitte der Pensionär Albrecht v. Graefe, zähnefleißend und vor Wit kauend wie ein alter Kaninchenzammeler, der am Krautblatt musfelt.

Trotzdem — die Anklage geht weiter: In den völkischen Reihen sitzen drei führende Felder, die trotz ihrer strohenden Gesundheit, trotz ihrer Tauglichkeit vom Krieg verschont blieben: der Bayer Dr. Roth, der Graf Redentlow und Knüppel-Kunze.

Der ganze Reichstag lacht. Nur die Völkischen verfahren einen Höllenlärm. Dabei entfaltet sich das ureigene Wesen dieser Partei aufs glänzendste. Aufgeregte Jünglinge, deren ganzer Kerntanz aus Leutnantsmütze und Gummifüßchen besteht, toben mit Heilgebrüll auf und ab. Dazwischen stehen beschämt die wenigen Erwachsenen, wie Graefe und Redentlow. Die Plankendekung aber hat Richard Kunze übernommen.

Richard Kunze, gen. Knüppel-Kunze.

Kunze spricht im Reichstag in jeder Sitzung. Schimpft dabei jedesmal schrill auf die Juden und die Sozialdemokraten.

Ein kleines Charakterbild von Kunze: Urprünghch Lehrer. Gab dabei einem jüdischen Schüler Magdors Nachhilfestunden und bekommt von dem Vater Magdors zu seiner Hochzeit einen wundervollen Teppich geschenkt. Dieser Teppich ist heute noch die Zierde des Hauses Kunze. Einige Jahre vor dem Kriege läßt sich Kunze in Schöneberg-Berlin als Mietervertreter in das Stadtvorordnetenkollegium wählen. Nachdem man ihm dann billig ein Haus zugeschanzt hatte, tritt er aber der Hausbesitzerfraktion bei. Urprünghch liberal und fortschrittlich, wurde er konservativer Parteisekretär, als die Konfessionen ihm ein größeres Gehalt boten — Kunze ist immer in Geldverlegenheit. Im Kriege hielt er feurige Ansprachen an die Truppen, die in den Kampf zogen. Und als schließlich alle Schiebungen nichts mehr nützten und Kunze f. v. geschrieben werden mußte, da siebette er nach Gardelegen über und wurde — Dolmetscher im Gefangenenlager. Dort entwickelte er sich zum Agitator. Land war genügend da, Arbeitskräfte stellte das Gefangenenlager. Herrn Kunze gefiel es so. Er bezog eine Villa, ließ seine Familie nachkommen und nahm im vierten Kriegsjahr, als alles hungerte, um etwa 50 Pfund zu. Nach Ausbruch der Revolution überfüllte er für Ueberstiedlung nach Berlin einen Möbelwagen mit Schinken, Mehl, Wurst, Schweinen, Ziegen usw. derartig, daß dieser Möbelwagen zusammenbrach. In Berlin machte er dann aus der Politik ein Wurstgeschäft. Handelte mit antimilitärischen Wurstn usw. und mit Heda-Knüppeln zur Vertreibung der Juden. Den Deutschnationalen wurde er unheimlich, sie wimmelten den guten Mann ab. Deshalb gründete er eine eigene, völkische Partei. Ging mit dem Klingelbeutel zu Stimmern, schnornte hier und dort. Und ließ sich schließlich als deutschvölkisch-sozialer Anijemitt in den Reichstag wählen.

Jede seiner Reden ist ein Genuß! Er schimpft auf die Juden! Zwischenruf: Stinkt Ihr Teppich? Er schimpft auf die Republik! Zwischenruf: Nicht einmal Ihr Möbelwagen taugt etwas. Er schimpft auf die Kriegsdrückelberger! Zwischenruf: Wie war's in Gardelegen?!

Kunze wird nervös: Aus einem Stiefel soll ich Seft getrunken haben? Weshalb stellen Sie keine Nachforschungen nach dem andern Stiefel an? Zwischenruf: Den geben Sie ja eben von sich!

Der Kommunist Kay beschleicht Kunze von der Seite. Kunze protestiert: Mit kommunistischen Käsen: wolle er nichts zu tun haben. Zwischenruf: Die Käse riecht die Wurst! Kunze wird komische Figur. Kunze ist der Komiker des Reichstages. Kunze ist die Schande des deutschen Bürgertums. Solch korrupte und morsche Figur schickt man in den Reichstag?

Für die nächste Reichstagsitzung stehen Kunze neue Erlebnisse bevor. Er hat wieder einmal jüdisches Pech gehabt. In Lauenburg in Hinterpomern hielt er eine seiner wüsten Judenstimple reden. Nach getaner Arbeit fuhr er (wie der W. a. M. geschrieben wird) mit einem völkischen Restaurateur und dessen Frau in das Bad Leba, um sich seinen antimilitärischen Schweiß abzukühen. Die

Badehose glänzte im Schmutz eines riesigen Latentkreuzes. — Plötzlich Hilferufe — Herr Kunze war in ein Loch geraten. Dargestellte Hilferufe gellten über die See: Helft mir doch! Helft mir doch! Hätte ihn nicht ein Jude, der Badearzt Bojner, im letzten Augenblick noch retten können, er wäre sicher ins Jenseits abgewandert. In seiner Todesangst hatte Kunze, der Held, seine Badehose eingebüßt, spitternaht stand er zitternd und bebend am Strand. Und erkannte jetzt erst, daß er einem — Juden das Leben verdankte. Was tat er? Sprang er wieder ins Wasser? Keine Spur! Ohne ein Wort des Dankes zog er davon.

O weh! Herr Kunze verdankt sein Leben einem Juden. Wird es unter diesen Umständen für ihn noch lebenswert sein? O, Kunze wird auch in Zukunft herrlich und in Freuden leben und Knäppl verkaufen, um die Juden totzuschlagen. Aber zu seiner nächsten Judenbege im Reichstag kann sich Kunze jetzt schon gratulieren.

Zölle und Umsatzsteuer.

SPD. Der Wirtschaftspolitische und der Finanzpolitische Ausschuß des Reichstages hat inzwischen zu dem Ergebnis der Arbeitsausschüsse, denen die weitere Erörterung des Gesetzesentwurfes über Zölle und Umsatzsteuer überwiesen worden war, Stellung genommen. Die Abstimmung (Arbeitgeber) hatte folgende Resolutionen vorgeschlagen:

1. Der Wirtschaftspolitische und Finanzpolitische Ausschuß billigt grundsätzlich in Bestätigung des früheren Beschlusses des Wirtschaftspolitischen Ausschusses die Absicht der Regierung, einen einheitlichen Schutz der gesamten nationalen Arbeit wiederherzustellen.
2. Sie erachtet es mit der Regierung für notwendig, daß zu diesem Zweck, sowie zur Vorbereitung der künftigen Handelspolitik auch die Bekanntmachung, betreffend vorübergehende Einfuhrerleichterung, vom 4. August 1914 und die sich aus ihr herleitenden weiteren Bekanntmachungen und die Verordnungen aufgehoben werden.
3. Sie billigt die in Artikel 1 § 4 des Entwurfs vorgesehene Bestimmung unter Begrenzung der vorgesehene Frist auf die Zeit bis zum 31. Dezember 1924.
4. Die Ausschüsse empfehlen, den vorliegenden Gesetzentwurf in Einzelheiten zu verbessern.
5. In erster Linie erscheint es notwendig, die Umsatzsteuer anstatt auf 2% auf 1 1/2% herabzusetzen. Die Ausschüsse erlauben ferner die Regierung, halbmöglichst mit dem Zwölferauschluß für die Umsatzsteuer über das Problem der Umsatzbesteuerung und ihre etwaige Umgestaltung unter Berücksichtigung der veränderten Wirtschaftslage zu beraten.
6. Die Ausschüsse halten es ferner für notwendig, an Stelle der in Artikel 1 §§ 2 und 3 des Entwurfs vorgesehene „Ermächtigung“ für die Regierung den Weg der sogenannten „vereinfachten Gesetzgebung“ (Zustimmung des Reichstages und eines Ausschusses des Reichstages) zu legen.
7. Die Ausschüsse halten es auch für notwendig, daß der Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Agrarzölle gemäß Artikel 3 des Entwurfs unter Berücksichtigung der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Reiches gewählt wird.

Ueber die Entschädigung, die angenommen worden ist, wurde abschließend abgeklärt. Die grundsätzliche Erklärung für einheitlichen Schutz fand mit 24 gegen 22 Stimmen Annahme. Beachtet werden muß der Abschnitt II, der sich gegen die sofortige Wiedereinführung der Zölle ausspricht, und die Behandlung der Frage der Ermächtigung zu Zollveränderungen, der gegenüber die sozialdemokratischen Vertreter die Notwendigkeit voller parlamentarischer Mitwirkung betonten.

Die Arbeitnehmergruppe (Abteilung 2) hatte einen Antrag eingebracht, der folgendes empfiehlt:

1. Von der Einführung von Agrarzöllen ist z. B. Abstand zu nehmen.
 2. Die Ausfuhr für die landwirtschaftlichen Produkte soll nicht mehr von Fall zu Fall, sondern überhaupt bis auf weiteres freigegeben werden.
 3. Es sind von der Regierung alle Bestrebungen zu unterstützen, die das Ziel haben, den Zwischenhandel, der erheblich die Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Produkte beeinflusst, möglichst auszuschalten durch Unterstützung der genossenschaftlichen Produzenten- und Verbraucherverbände.
 4. Bei der Gewährung von Krediten zu einem niedrigen Zinssatz an die landwirtschaftlichen Betriebe ist darauf zu achten, daß die Kredite nur in Betriebe gegeben werden, die produktiv wirtschaften, und ferner müssen die Kredite gerecht verteilt werden. Daher muß sich die Regierung einen weitgehenden Einfluß auf die Kreditverteilung sichern. Soweit es sich um Handelsunternehmungen handelt, sollen Kredite nicht an die Einzelunternehmung gegeben werden, sondern nur an Gesellschaften bzw. Verbände, welche die Gewähr bieten, daß die Verteuerung beim Zwischenhandel auf das naturnotwendige Maß beschränkt bleibt.
- Ziffern 1 und 2 der Entschädigung wurden abgelehnt. Ziffern 3 und 4 angenommen.

Der auf Grund der vom Zwölferauschluß gefassten Entschlüsse angenommene Antrag bezüglich der Umsatzsteuer empfiehlt eine Reihe von Änderungen. Der Antrag, Genossenschaften unter bestimmten Bedingungen teilweise von der Umsatzsteuer zu befreien, wurde abgelehnt.

Lohnkämpfe im Augus?

Ob bei der letzten Zusammenkunft des Reichstages im Wege der Steuerreform die auf der Arbeiterschaft ruhenden Lasten erleichtert werden können, ist mehr als unwahrscheinlich. Kommt es aber nicht zu einer solchen Erleichterung, dann sind nach dem Urteil führender Gewerkschafter die künftigen Lohnkämpfe um Lohn und Arbeitszeit unvermeidlich. Wohl versteht der von den kommunistischen Heunugslogen nicht vermittelte Teil der Arbeiterschaft, daß die deutsche Wirtschaft einen schweren Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt zu bestehen hat. Allein trotz dieser Erkenntnis kann sich die Arbeiterschaft vor allem im Bergbau und in der Eisenindustrie, namentlich mit den bestehenden Zuständen in der Lohn- und Arbeitszeitfrage abfinden. Noch immer erhalten die Bergleute im Ruhrgebiet nicht einmal ihren vollen wöchentlichen Lohn, weil die keinerlei ausgegebenen Kohlscheine für Kartoffeln, Fleisch usw. jetzt verrotten und vom Lohn abgezogen werden.

Die einzelnen Uebereinstimmungsabkommen werden im Laufe der kommenden Monate (im obersteilischen Bergbau am 31. August, im Ruhrbergbau im November) periodisch ablaufen. Es wäre nun, wenn das Reichsarbeitsministerium in Voraussicht des Kommenden das Notwendige frühzeitig unternehmen würde. Die Arbeitszeit der Schenarbeiter muß neu geregelt werden. Das Jahreslohnverhältnis ist unzulässig. Der jetzt auch von den Christlichen Metallarbeiterverbände erfolgte dringende Appell an den Reichsarbeitsminister wird von diesem hoffentlich nicht übersehen werden.

Ueber die Regelung der Arbeitszeit der Schenarbeiter wird nächstes Erntens-Jahres so schnell wie möglich die Beilegung der halbmonatigen Lohnkämpfe in den obersteilischen Gruben erfolgen. In den übrigen Berggruben beträgt die Arbeitszeit unter Tage nur acht Stunden, und der Einwand der obersteilischen Grubenarbeiter, sie hätten weitere Wege zu ihrem Arbeitsplatz und müß-

ten deshalb eine Zugabe bei der Arbeitszeit haben, ist nicht stichhaltig. Die maßgebenden Stellen sollten endlich verstehen, daß es schon von nationalpolitischen Standpunkt aus notwendig ist, in den obersteilischen Bergmann nicht das Gefühl hochkommen zu lassen, daß er sich in einer Art Variasstellung befindet. Die halbmonatige Ueberarbeitszeit in Obersteile ist eine Ungerechtfertigung — sie muß verschwinden.

Die Krise in Rheinland-Westfalen.

SPD. Münster i. W., 29. Juli. (Sig. Drahtb.) Die Arbeitsmarktlage in Westfalen und Lippe verschlechtert sich in fast allen Berufsgruppen weiter. Das gleiche gilt vom rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau. Die Einlegung von Feierschichten nimmt zu. Besonders unzulässig ist die Lage der südlichen Randbecken, wo es mehrschichtlich zu neuen Stilllegungen kommen wird. Aber auch im übrigen Bergwerksbezirk, abgesehen vom nördlichen Randbecken, nehmen viele Zeichen Förderungseinschränkungen vor, sogar Zeichen, die den Großkonzernen gehören. Die Zahl der zum Feiern gezwungenen Bergarbeiter schwankt an den einzelnen Tagen, beträgt aber heute 30 000. Die Auswirkungen dieser Arbeitsmarktsverschlechterung auf das gesamte Wirtschaftsleben des Industriebezirks verschärfen die seit langem bestehende Wirtschaftskrise noch weiter. Auch im Spinnstoffgewerbe und in der Textilindustrie ist diese Verschlechterungstendenz mit ihren Folgen deutlich erkennbar, ebenso im Baugewerbe. Neubauten werden infolge Kapitalmangels kaum noch in Angriff genommen. Die in Ausführung befindlichen Bauten stehen vor der Vollendung. Für kaufmännische und Büroangestellte ist der Arbeitsmarkt außerordentlich unzulässig. Er wird noch verschlechtert durch den weiteren Abbau bei Banken und sonstigen Privatunternehmungen. In der Landwirtschaft ist die Nachfrage allgemein nicht so stark, wie erwartet wurde. Die Anforderung nach gelerntem Kräften konnte befriedigt werden. Das Angebot an Ungelernten, zu denen noch die entlassenen Industriearbeiter kommen, ist überaus groß.

Herabsetzung der Kohlenpreise?

SPD. Essen, 29. Juli. (Sig. Drahtb.) Innerhalb der Gemeinschaft der Ruhrkohlenzechen finden gegenwärtig Beratungen über eine weitere Herabsetzung der Kohlen- und Kokspreise statt, die mit Wirkung vom 1. August eintreten soll. Die letzte Preisherabsetzung hat nicht den gewünschten Erfolg gehabt, denn der Absatz an Kohlen und Koks ist so schlecht wie noch nie zuvor. Das Ausmaß der Preisherabsetzung steht noch nicht fest, man spricht von 8—10 Prozent.

Die „darbende Jugend“ Bayerns.

Kahr schweigt. München, 29. Juli.

Im Finanzausschuß des Bayerischen Landtags nahm am Dienstag Finanzminister Krausneck Stellung zu der vom Genossen Auer in der vorigen Sitzung angeschnittenen Frage der Zusammenhänge zwischen der Goldmillion des Herrn von Kahr „für die darbende Jugend“ und den Krediten, die die Bayerische Staatsbank dem jetzt bankrotten Bankhaus Neufville in Frankfurt im Herbst 1923 gewährt hat. Der Finanzminister gab zu, daß Kahr damals von der Regierung eine Million Goldmark zur Ueberwindung der Hungersnot verlangt habe, um diese Summe selbst zu verteilen. Er habe ihm aber unzweideutig erklärt, daß das bayerische Finanzministerium vollständig außerstande sei, diesem Ersuchen zu entsprechen. Da Herr von Kahr keine Gelder zur Verfügung gestellt bekommen hätte, entfielen auch alle Kombinationen nach dieser Richtung. Es wäre möglich, daß Kahr über andere Staatsgelder verfügt hätte: über Gelder, die in der Staatsbank lagern, hätten nur deren Vorstände zu verfügen. Da es nach Meinung des Finanzministers ausgeschlossen sei, daß Kahr über Gelder der Staatsbank verfügen konnte, bliebe nur die Möglichkeit, daß er fremde Privatgelder nach Frankfurt überweisen hätte. Aber auch darüber sei nichts bekannt. Er als Finanzminister habe seinerzeit Kahr keinen Zweifel darüber gelassen, daß er Anordnungen und Verfügungen des Generalkassendirektors in finanzieller Hinsicht ablehnen werde. Bei den in Frage kommenden Frankfurter Geldern der Staatsbank handele es sich um Ultimogelder von 24 Niederlagen der bayerischen Staatsbank. Herr v. Kahr ging in einem Brief erklärt, daß die auf ihn bezügliche Anfrage eine haltlose Verleumdung sei. Dieser Erklärung des ehemaligen Ministerpräsidenten gegenüber fand es Genosse Auer umso verwunderlicher, daß Kahr als Hauptbeteiligter keinen Anlaß nehme, sich zu äußern. Außerdem stellte er dem Finanzminister die Frage, ob es richtig sei, daß einem Nürnberg-Blatt, das zuerst die Mitteilung über diese Vorgänge gebracht habe, von der Staatsbank mit Kreditentziehung gedroht worden sei. Krausneck erwiderte, er würde eine solche Haltung entschieden mißbilligen. Auer verlangte zum Schluß, daß Kahr in dieser Angelegenheit zur Rede gestellt werde.

Eine Schmach für das Proletariat.

Wie Bayern die Opfer der völkischen Morde behandelt. München, 28. Juli.

Die Völkischen stellten am Montag im Staatshaushaltsauschuß des Landtags einen Antrag, daß den Hinterbliebenen der beim Hitler-Putsch Gefallenen und den bei dieser Gelegenheit Verwundeten oder in Schutzhaft Genommenen eine staatliche Entschädigung gewährt würde. Ferner wollten sie, daß die den Hinterbliebenen Kurt Eisners und dem seinerzeit im Landtag niedergeschossenen sozialdemokratischen Abgeordneten Auer gewährten Entschädigungen nicht aufgewertet würden. Hierzu teilte die Regierung mit, daß die Hinterbliebenen Eisners und ebenso Auers seit der Geldentwertung keine Entschädigung mehr erhielten. Auer habe die Möglichkeit, Ansprüche auf Grund des Reichstumultschadengesetzes anzumelden.

Der Thüringer Rechtsblock.

SPD. Weimar, 29. Juli. (Sig. Drahtb.) Die Meldung der „Frankfurter Zeitung“ über eine angeblich bevorstehende Auflösung des thüringischen Landtages muß als unzutreffend bezeichnet werden. Von einer parlamentarischen Müdigkeit kann bei den Regierungsparteien im jetzigen Landtage keine Rede sein. Auch der vorgegebene Auflösungsgrund der Veranlassung der Abgeordnetenzahl von 72 auf 58 kann nicht als stichhaltig angesehen werden, da der Landtag erst im Herbst das Landtagswahlgesetz ändern dürfte. Es ist daher nicht anzunehmen, daß in Kürze Neuwahlen in Thüringen stattfinden. Die „Ordnungsparteien“ sehen keine Veranlassung, die durch die Wahlen unter dem Reichswehrgeneral Hoffe geschaffene Position der Ordnungspartei-Regierung in Gefahr zu bringen. Sie würden bei Neuwahlen jetzt erheblich schlechter abschneiden, da der Rechtsblock auch in einem großen Teil des Völkertums Mißfallen erregt hat. Der Landtag ist bis September in Ferien gegangen, es liegen nur einige Ausschüsse. Bei fernem Wiederzusammentritt wird der Landtag den Ort verabschieden. Dann wird die thüringische Landespolizei auf 1200 Mann vermehrt werden. Als vier Genosse Hermann Junemanns waren, bewilligte man ihm nur 700 Mann. Der Haushaltsplan sieht auch erhebliche Mittel für die Verlegung von Reichswehrt nach Thüringen vor, wo bisher

keine Reichswehr lag. Die thüringischen Handelskammern und Industriellen haben sich schon vor längerer Zeit bereit erklärt, aus eigenen Mitteln Wohnhäuser für Reichswehroffiziere und Unteroffiziere zu erbauen.

Deutschland und der Völkerbund.

Eine amtliche Richtigerstellung. Der „Soz. Parlamentsdienst“ schreibt: Am Dienstag veröffentlichte wir eine Meldung unseres Londoner Korrespondenten, die laut Telegramm dem „Daily Telegraph“ entnommen war. Sie besagte, daß die Reichsregierung für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gegenüber Sir Eric Drummond bestimmte Bedingungen gestellt habe. Offiziell wird diese Meldung als unrichtig bezeichnet. Es ist ganz selbstverständlich, daß damit auch die von uns unter Vorbehalt an die Behauptungen des englischen Blattes gefnüpften Bemerkungen hinfällig sind. Wir freuen uns, das feststellen zu können.

Herr v. Graefe und seine völkischen Arbeiterbrüder.

Zu dem unter dieser Ueberschrift in Nr. 170 des „Volksboten“ erschienenen Artikel sendet uns ein Herr Knut v. Graefe, der sich voll Stolz als „Leutnant a. D.“ bezeichnet, folgende interessante Berichtigung:

Nicht wahr ist es, daß die Suche nach völkischen Arbeitskräften von uns ausgegangen ist.

Wahr dagegen ist, daß die Bauernhochschule mit anderen völkischen Verbänden an uns herantrat und uns bat, von der Arbeit mit politischen Schmittern abzuweisen und ihre freiwilligen Arbeitsdienstleistungen einzustellen.

Nicht wahr ist es, daß den Leuten alles mögliche versprochen wurde, was, als die Leute ankamen, nicht gehalten wurde.

Wahr dagegen ist, daß den Leuten über den verprochenen Lohn von täglich 1 Mark, täglich 1,50 Mark ausgezahlt wurde (auch dem Gewährsmann Ihrer Zeitung), bis auf einige, die den Anforderungen keinesfalls gewachsen waren und Burschenlohn erhielten (10 Pfennig je Stunde), ebenso ist es wahr, daß die Verpflegung erheblich über den Vertrag hinaus verbessert wurde und, um den Ansprüchen an Zubereitung des Essens und Sauberkeit der Wohnung gerecht zu werden, über den Vertrag hinaus eine bezahlte Kraft, zwei Kräfte: angestellt wurden.

Nicht wahr ist es, daß der Gewährsmann Ihres Blattes durch den Krankheitszustand gehindert war, zu arbeiten.

Wahr dagegen ist, daß er während der vom Arzt verordneten Schonzeit, geführt durch seinen Krankenschwerm, innerhalb der Arbeitszeit Fußball trainierte.

Nicht wahr ist es, daß ich in Gießhorm gesagt habe, daß man vorsichtig mit der Einführung des Zwölfstundentages vorgehen muß, oder ihn irgendwie als erstrebenswert hinstelle.

Wahr dagegen ist, daß ich den zwölfstündigen Arbeitstag überhaupt nur einmal erwähnt habe und zwar in dem Zusammenhang, daß ich meiner Verwunderung Ausdruck gab, daß die Sozialdemokratie sich für die Annahme des Dawes-Gutachten einsetze, dabei bringe das Dawes-Gutachten dem deutschen Volke eine derartige Summe von indirekten Steuern, denen sich auch der Arbeiter nicht entziehen könne, daß Besther oder Arbeiter, mögen sie 12 oder 14 Stunden arbeiten, bis sie umfallen, nicht mehr von dem Lohne ihres schwachen Fleisches existieren können.

Goldebee, den 26. Juli 1924. Knut v. Graefe.

Wir können die Angaben des Herrn Leutnant a. D. im Augenblick nicht in allen Punkten widerlegen, da unser Gewährsmann zurzeit auf dem Weg nach seiner Heimat ist.

Aber die „Berichtigung“ spricht für sich. Mit keinem Wort wagt der Einwender auf die schandbaren Wohnungsverhältnisse einzugehen, die wir mit besonderer Schärfe geoffenbart hatten. Und daß er Stunde m. Lohn von 10 Pfennig zahlt, muß er selbst bekämpfen. Ein Tagelohn von 1,50 Mark aber scheint ihm ein solches Gnadengeschenk, daß man ordentlich läßt, wie ihm vor Führung über keinen Edelmut die Tränen über die eckigen Wangen fließen.

Und dann die köstliche Ausrede im ersten Teil dieser famosen „Berichtigung“. Herr v. Graefe hat die völkischen Arbeiter nicht geholt. Die völkischen Arbeitsnachweise haben sie ihm aufgedrängt. Nun gerade gegen diese gemeingefährlichen Streikbrecherorganisationen anzukämpfen war das Hauptziel unseres Vorgehens. Und sollte Herr v. Graefe wirklich diesen völkischen Arbeitsvermittlungen so ganz fern stehen?

Am interessantesten sind aber jedenfalls die Bindungen, die der mecklenburgische Rittergutsbesitzer mit dem polnischen Adel — man erinnert sich unserer diesbezüglichen Feststellungen — um die Arbeitszeitfrage aufführt. Für den Zwölfstundentag hat er sich angeblich nicht begeistert, begeistert er sich denn nun für den Achtstundentag? — Wer das aus dem Graefeschen Geschreibsel herausbringt, der verdient den Hausorden derer v. Graefe.

Politische Notizen.

Die französische Befugungsbehörde hat alle für den 3. August geplanten Versammlungen und Kundgebungen zum Gedächtnis der im Weltkriege Gefallenen und aller Weltkriegsopfer verboten. Soweit derartige Veranstaltungen bereits genehmigt waren, werden die Genehmigungen zurückgezogen.

Ein großer Auslandskredit, der in seinen Auswirkungen der deutschen Landwirtschaft zugute kommt, ist soeben von einer amerikanischen Bankgruppe mit der deutschen Zuckerindustrie abgeschlossen worden. Der Kredit, der durch den „Equitable Trust“ vermittelt wurde, läuft sechs Monate. Er führt der deutschen Wirtschaft 4 Millionen Dollar zu und ermöglicht die Ausfuhr von 200 000 Tonnen Zucker. Der Zinssatz beträgt 7 bis 7 1/2 %, Grundlage für die Kreditgewährung ist die Haftung der einzelnen deutschen Raffinerien und die Gegenzeichnung der Wechsel durch deutsche Großbanken. Der Kredit wird nach Maßgabe der erteilten Ausführungsgenehmigung gewährt.

In Moskau ist eine britische Patrouille von türkenfreundlichen Eingeborenen angegriffen worden. Sie hatte mehrere tote. Die Stadt ist in großer Erregung. Die Kaufleute und Handwerker haben ihre Läden geschlossen.

Die rumänische Regierung hat als erste Maßnahme unter dem Belagerungszustand das Verbot sämtlicher kommunistischer Organisationen und Einrichtungen erlassen. Die besarabische rumänische und die bulgarische Grenze werden verschärfert bewacht, um das Eindringen bolschewistischer Agitatoren und kommunistischer Agitationsmaterialien zu verhindern.

Der Moskauer Vandalismus.

Die Affenkomödie in der R. P. Frankreichs.

Der fünfte Weltkongress der kommunistischen Internationale in Moskau hat eine furchtbare Abrechnung mit all denen vorgenommen, die sich „redite Abweichungen“ zuschulden haben lassen. Am heftigsten wirkt der über den bisherigen tyrannischen Führer der französischen kommunistischen Partei, Boris Souvarine, verhängte Ausschluß. Souvarine, der zu den eigentlichen Gründern der kommunistischen Partei Frankreichs gehörte, hatte sich allmählich zu einem kleinen, aber umso größtenteils wahnwitzigen Despoten entwickelt, der nach und nach eine ganze Reihe von führenden französischen Kommunisten abgeschafft, hingerichtet oder mit Billigung der Moskauer Exekutive ausgeschlossen hatte, darunter die ganze Trotski-Gruppe, sowie später mehrere Redaktionsgarnituren der „Humanité“. Nur mit knapper Not war sogar Cahen in der vergangenen Herbst von Souvarine rassistisch gehandhabten Guillotine entronnen. Auf diese Art hatte sich Souvarine, dessen Wesen an und für sich unaussprechlich ist, auch bei der übrigen, bisher verhöflichten Kommunisten tief verhaßt gemacht, die jeden Tag damit rechnen mußten, daß auch sie an die Reihe kommen würden. Deshalb wurde ein kleines Komplot unter seinen engsten „Freunden“ geschmiedet, um ihn los zu werden. Das war allerdings nicht leicht, denn er genöß bisher das uneingeschränkte Vertrauen von Sinowjew.

Endlich fand man die Gelegenheit, ihn bei der kommunistischen Internationale zu denunzieren. Das geschah im vergangenen Winter, als die russische kommunistische Partei jene Reise durchmachte, die durch die „demokratische“ Opposition der Trotski-Gruppe hervorgerufen war. Souvarine ergriff damals in der von ihm redigierten offiziellen Zeitschrift der R. P. D., „Bulletin kommunistische“ Partei für Trotski, vermutlich nicht aus Überzeugung, sondern weil er, falsch unterrichtet, dessen Endstadium innerhalb der russischen Partei voraussah. Er hatte jedoch auf das falsche Pferd gesetzt. Und nun wurde er vor das Forum des kommunistischen Weltkongresses zitiert, angeklagt und ausgeschlossen. Der „Partei befehl“, mit dem die Leitung der R. P. D. bzw. die Moskauer Exekutive dieses Urteil in der „Humanité“ vom 19. Juli mitteilt, ist ein geradezu klassisches Dokument sonderlicher Unerblichkeit und Rücksichtslosigkeit. Es heißt darin:

„Ein glänzender Journalist und ein geschickter Polemiker, widmete Boris Souvarine viele Jahre hindurch sein ganzes Talent der Verteidigung der kommunistischen Internationalen und der Verbreitung ihrer Parolen. Im Kampfe gegen Trotski zeichnete er sich durch die Klarheit und durch die Würde seiner Angriffe aus. Gestützt auf eine große Partei und auf das größte politische Blatt Frankreichs, mühelos auf verantwortungsvollen Posten gelangt, glaubte Souvarine eine persönliche Kraft zu sein. Der Hochmut beraubte ihn und wurde ihm zum Verhängnis. Als Verteidiger einer Klasse, aus der er selbst nicht stammte (wieviel kommunistische Führer in Rußland und Frankreich stammen denn überhaupt aus der Arbeiterbelegschaft? D. Red.) begriff er nur unvollständig deren Bedürfnisse. Er vergaß die Lehren von Lenin, indem er sich nicht den breiten Massen der Arbeiter und Bauern näherte, um sie besser kennen zu lernen, um sie besser zu lieben. Durch die geistige Betrüppelung seines Berufes veranlaßt, verlor er den Kontakt mit dem Proletariat, hielt er sich an das Buch und vergaß das Leben! Und bald, amstalt des Führers, der er zu sein schien, wurde er zu einem beschließendsten Autokraten, der von sich selbst eingenommen war und je nach seinen Launen die Gesetze der Partei zu zerbrechen versuchte.“

Sobald werden die konkreten Anklagen gegen Souvarine, die zu seinem Ausschluß führten, nämlich sein Feldzug für Trotski, des näheren ausgeführt. Hier heißt es u. a. bezüglich der Krise, die nach den Herbstmieberlagen des vorigen Jahres die gesamte kommunistische Internationale durchmachte:

„Einige Führer errichteten von den Höhen ihres buchmäßigen Wissens herab eine Theorie, deren Grundlinie, wäre sie anerkannt worden, den Bruch mit der glorreichen leninistischen Tradition, deren Richtigkeit durch das Leben erwiesen worden ist, bedeutet hätte. Souvarine begab sich mutwillig auf die revisionistische Galere. Unter dem Vorwand, daß alle Mittel zulässig seien, wenn sie zum Erfolg führen, belog er seine Partei und versuchte er, sich ihrer zu bedienen, um den Gang der Schlacht zu beeinflussen, dener Einfluß der Leninismus war.“

Sobald folgt das Urteil selbst: „Die Exekutive hat ihr Urteil in voller Kenntnis der Angelegenheit gefällt. Souvarine wird aus der französischen Partei und aus der kommunistischen Internationale ausgeschlossen. Allerdings wird unserem früheren Genossen eine Möglichkeit gewährt, seine Sünden wieder vergessen zu lassen: Die französische Partei wird seine Wiederaufnahme in die

Internationale auf dem 6. Kongress beantragen können, wenn Souvarine bis dahin eine lokale Haltung einnimmt.

Eine ähnliche Maßnahme war seinerzeit gegenüber Paul Levi (R. P. D.) getroffen worden. Dieser zeigte sich jedoch dessen wenig würdig: er schloß sich der Zweiten Internationale an, Scheidemanns, Vanderveldes, Blums, Longuets und anderer an. Mäße Souvarine über dieses Beispiel nachdenken und seine Stelle wieder im proletarischen Kampfe einnehmen.“

Des weiteren führt das Urteil in seiner Begründung an, daß es in der kommunistischen Partei nicht zweierlei Maß für die „Kleinen“ und für die „Großen“ geben könne. Unter dem Vorwand der „Freundschaft“ dürfe man nicht die Fehler der einzelnen decken:

„Der „Wert“, das „Talent“, das „Wissen“ dieses oder jenen vermag nicht eine Lockerung der Kontrolle zu rechtfertigen, der alle Kommunisten unterworfen sind.“

In dem Maße, wo alle kleinbürgerlichen Ueberbleibsel des 19. Jahrhunderts überwinden werden, wird sich die namenlose eiserne Kohorte des französischen Bolschewismus bilden.“

Ob sich Souvarine diesem Urteil fügen wird oder nicht, wird die Zukunft lehren. In der französischen Partei wird ihm niemand eine Träne nachweinen, und im Gegenteil ein jeder hofft, daß er den Weg Trotskis und der anderen von ihm geköpften „kleinbürgerlichen Revisionisten“ geht. Aber die sozialistischen Genossen werden sich erst recht für einen solchen widerwärtigen Rekruten bedanken.

Wirtschaftspolitische Wochenschau.

Angeht gewisser Vorgänge in der Wirtschaft muß festgestellt werden, daß sich der Kampf um die Wirtschaftsbereinigung und den Beschäftigung allmählich zu einem Kampf um die Bereinigung selbst zugespitzt hat. Damit haben sich die Gegner einer vernünftigen Wirtschaftspolitik näher erwiesen, als man noch vor kurzem annahm und es ist ihnen in vielen Fällen auch gelungen, ihr dringendes Ziel, mehr Kredite und zwar möglichst umsonst oder zu einem möglichst geringen Satze zu erhalten, durchzusetzen. Schon die vorletzte und letzte Zentralauskunftsjung der Reichsbank haben bereits nicht mehr den Kreditwünschen gegenüber jene konsequente Haltung wie vordem eingenommen. Ihr folgten neue Kreditgewährungen auf dem Umwege über die Seehandlung und spezielle Industriefreidite durch Stellen, die bis jetzt davor scheuten, sich zu den Transaktionen zu bekennen.

Interessant sind die angewandten Mittel, um zum Ziele zu kommen. Sie bestehen in der Hauptsache in Stillelegungsankündigungen, um Regierung und Arbeiter gefügig zu machen. Typisch ist der Fall der Firma Lang, die eine badiische Stelle für ihren Kredit durch Ankündigung von Stillelegungsabsichten. Die vielen Zeitungsmeldungen über Stillelegungsabsichten sind wohl zum größten Teile nach dieser Richtung hin zu bewerten. Rührend ist dabei die Sorgfalt der kapitalistischen Presse um die betroffenen Arbeiter, die man sonst als Kanaille behandelt und der man eine menschenwürdige Erwerbslosenunterstützung abstreift. So wird ganz systematisch auf eine neue Inflation hingearbeitet, die man sich als eine Art Wechselinflation denkt. Und zwar gewinnt der Widerstand gegen das Dawes-Gutachten und die Abneigung, an einer Verständigung in London mitzuarbeiten, in dem Maße Raum, wie die Aussicht auf Durchsetzung inflationistischer Ziele wächst. Der Vorstoß des Justizrats Guggenheimer, eines der Drahtzieher im Reichsverband der deutschen Industrie, gegen den Konjunkt Dr. Rejpondek, der im Präsidialbureau des Reichsverbandes Reparationsfragen behandelt, und das Gutachten in einer Broschüre gegen die Einwürfe der deutschen nationalen Industriellenvereinigung verteidigte, beweist am besten die letzten Wandlungen in Böglers Geheimkabinett. Dabei vergißt man aber, daß Wechselinflation, verbunden mit Dumpingexport der Wirtschaft, höchstens auf die Dauer von drei Monaten Antrief geben könnte. Man erkennt, während man zu einer neuen Substanzverflechtung entschlossen ist, durchweg die vitale Frage der Kapitalbeschaffung, für die die Ordnung in unserer Währung Voraussetzung ist und über die der Londoner Korrespondent des „Deutschen Außenhandels“ (Handelsvertreterverein) berichtet, daß die englischen Banken von deutschen Kreditgesuchen überflutet werden, daß aber Kredite nach auswärts erst zu haben sein werden, wenn der „Dawes-Raport“ unverändert angenommen worden ist. Auch die Opponenten gegen die Verständigung und Propaganda einer neuen Inflation, die u. a. der Finanzminister Dr. Luder in der verflochtenen Woche eindringlich warnen, werden einsehen müssen, daß in Deutschland, dem man Annullitäten in Höhe von 2 1/2 Milliarden zumutet, natürlich nicht weiß, wie es mit dem Gutachten leben wird, daß wir allerdings aber wissen, daß wir ohne Gutachten nicht leben können.

Auch die Lage des Exports und die intendende Inlandsaufkraft erfordern, daß an einer Wirtschaftspolitik, der Wechselkurs und Wirtschaftsbereinigung Primat sind, festgehalten wird. Die Juli-Wirtschaftsmittelungen der „Deutschen Bank“ stellen die Situation richtig dar, wenn sie u. a. schreiben: „Das Abinken des Preisstandes ist, wie auch alle Indizesmessungen zeigen, bisher nicht gerade übermäßig, und es ergibt sich, daß für viele Branchen der Punkt noch nicht erreicht ist, der zum Aufstauen der zugeflossenen Exportfähigkeit führen könnte, deren Behebung angesichts der drohenden Passivität der Handelsbilanz oberstes Gebot erscheint. Daß die Preisverhältnisse noch keineswegs normal sind, ergibt sich auch aus der Tatsache, daß bei uns die Meßzahlen für Halbfabrikate im Gegensatz zu den Ländern, die nicht von einer Inflation heimgejagt worden sind, eine wesentliche Ueberhöhung über die der Fertigfabrikate zeigen, die unmittelbar an den Konsum herangebracht werden und sich stärker einer Ausnahmefähigkeit anpassen müssen.“ Die Inflationspolitik, in der die Schulzpropaganda eine bestimmte Rolle spielt, muß aber die Auswirkungen aus der Ueberherstellung der Wirtschaftseinheit und Aufhebung der Ricardoverträge, die Anstoß zu einer radikalen Verbilligung der Rohstoffe und Halbfertigfabrikate geben können, paralysieren. Die Mitte Juni einsetzende Preissteigerung nach oben muß eben warnen. Dabei muß besonders die Haufe an den Produktenmärkten im Auge behalten werden. In Bezug auf die Wiederherstellung der alten Agrarverhältnisse selbst scheint sich die Auffassung, die Debatte am besten zu vertagen, durchgesetzt zu haben. Der Landwirtschaft wirt u. c. auch mehr geholfen sein, wenn deutsche Wahlen endlich lernen, aus billigerem deutschen Getreide ebenso billiges Mehl herzustellen, wie es die Mühlen in Elsaß-Lothringen tun, denen nur das viel teure ausländische Getreide zur Verfügung steht und die nur, womit Herr Hepp, M. d. R. und Präsident des Reichslandbundes, ja die Notwendigkeit des Zolles begründet, den süddeutschen Mehlmarkt erobern konnten, weil die deutschen Verarbeitungskosten übersteigt sind. Mag nun der protektionistische Vorstoß auslaufen wie er will, eins hat er erreicht: Die Anpassung der deutschen Getreidepreise an die spekulativ hochgetriebenen Weltmarktpreise, wobei wohl vielen Leuten in Deutschland die Tatsache unbekannt ist, daß z. B. der deutsche Inlandsroggenpreis seit Mitte Juli wohl kaum noch unter Weltmarktpreis liegt, da die Qualität des ausländischen, beispielweise russischen Roggens weit besser ist und höher geschätzt wird als die des deutschen Roggens.

Wenn es in Deutschland heute wieder eine große Inflationspartei gibt, mag sich das auch aus gewissen Strukturveränderungen der deutschen Wirtschaft selbst erklären. Wir vernehmen, ohne vorläufig allgemeine Schlüsse ziehen zu wollen, auf den Eintritt der Firma Michael in die Mitteldeutsche Bodenkreditanstalt und den bevorstehenden Abschluß der Verhandlungen auf Uebernahme der Preussischen Hypothekens-Aktienbank durch den Darmstädter Konzern. Die Vorgänge sind typisch für den Aufbau der deutschen Wirtschaft, an dem die Veränderungen auf finanziellem Gebiete ujm. nicht spurlos vorübergehen konnten. Wie Gefüge lösen sich und neue Männer treten auf den Plan. Wir erinnern z. B. an den Kampf um das Kohlenyndikat (Ruhrtrohle), das unter Druck der mächtigen Trusts und der Krise die wichtige Kontrolle über den Absatz verloren hat und auf das Niveau einer durchgeführten Preisconvention gesunken ist, oder an den Beder-Konzern, der in Folge von Blutzapfungen in Form von Wucherzinsen und unerhöht hohen Provisionen bei Unterbringung seiner Wechsel verurteilt zu sein scheint, den Namen seines genialen, vor Monaten verstorbenen Gründers ablegen und den Besitzer wechseln zu müssen. Andere Kräfte regen sich und nehmen den Platz derer ein, die im Kampfe um die Majorität überwunden wurden.

Wenn man die Bewegung verfolgt, ergibt sich folgendes: Die Kapitalneubildungen versuchen die Banken, die infolge der Geldkrise z. T. ihren übermächtigen Einfluß auf die Industrie eingebüßt haben, in die Industrie einzudringen, wobei die Möglichkeit der Kreditveranzugung aus dem Ausland, wo alte Institute, wie der Barmer Bankverein ihre Zelte abbrechen, eine ergänzende Rolle spielt. Die Veränderungen in der Struktur unserer Wirtschaft, die keineswegs abgeschlossen sind, gehen also von ganz bestimmter Seite aus. Darmstadt z. B. kommt aus dem Handel. Besser zeigt sich die Entwicklung im Falle Michael. Jakob Michael, der die Firma Michael aus dem Boden stampfte, war Heresieslieferant und hatte, als die Inflation zu Ende war, bares Geld in der Hand, das sich — kein Wunder bei den Wucherzinsen — im Handumdrehen vervielfachte. Die Kugeln der Geldknappheit sind heute bereit und imstande, ihre Hand auf alte Bankinstitute zu legen und in die Hüften der Industrie einzubringen.

Beimortlich: Für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmiß. Für Freistaat Lübeck und Feuilleton: Hermann Bauer. Für Inzerate: Carl Luickhardt. Verleger: Carl Luickhardt, Druck: Friedr. Meier & Co. Sämtlich in Lübeck.

Die westfälische Stadt.

Von Edmund Hoehne.

3. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Schweineerei würde nichts machen. Gehlied wäre peinlich“, sagte v. Men.

„Also lassen wir's“, gähnte Berg. Runge wußte sich auf die Drahtpritsche und zog die Wolldecke über den Kopf. Keiner merkte, daß seine Augen feucht schimmernten. Er sann: Wie weit komme ich mit meinem Quartanerkolon? Galt — Galt, der Sonne! Kronus — coronas, Kränze, Kronen! Diepa — Dei, Gottes! Von Riga bis Rom schimmert das Ureins indogermanischer Morgendämmerung geheimnisvoll aus dem Bedeuten herdar! Lauterwächung bedeutet Wäckerwäcker, bedeutet neue Harmonien in der tausendfach klingenden Hymne, die die Erde Gott singt und qualvolles Verbluten an den haßerfüllten Wäcken derer, die einst Zeitgenossen in der Hofstube waren!

3. Der Donner des Beckun.

Er fuhr hoch, als eine Ordnung alle Zugführer zum Hauptmann holte, schnalzte um und ging mit beiden Kameraden fort. „Meine Herren“, sagte der Hauptmann, „es ist Befehl gekommen, mit Einbruch der Nacht die Stellung zu verlassen und uns ins Stajngelholz zu begeben. In der Stellung verbleibt lediglich eine Gruppe, die Bewegung vorwärts zu soll. Die Nachharrkompagnien, tiefer und näher an der Düna gelegen, sollen um fünf Uhr morgens Nebelköpfe abbilden, die das ganze Düna-tal in Schleiher hüllen sollen. Um vier Uhr morgens beginnt auf der ganzen Front das Eintrommeln der russischen Gräben, kurz nach fünf Uhr der Vorstoß über die Düna. Wir folgen auf weiteren Befehl. Ich bewundere die Ansicht, mit der diesmal fast bis zur letzten Minute das Geheimnis bewahrt blieb. Sehen Sie Ihre Züge in Gefechtsbereitschaft.“

„Dongawa die Düna, wird dichte Schleiher über ihre schwarzen Augen gießen“, hörte Runge ein feines Stimmchen sagen.

Abends führte er seinen Zug aus dem Graben. Zum erstenmal marschierte man wieder ungedeckt über eine Landstraße. Endlose Sturmturms kamen ihnen entgegen; lautlos wie ein gepulstertes Schattenspiel bewegte sich alles durcheinander, alles schwebte in einem weißerhaft erdichten Uherwerk. Batterien, Maschinengewehre, Minenwerfer, Pontons, Scheinwerfer, Flammenwerfer und wieder Batterien, Stütztruppe und Telephontrupp. Alles zog gedehnt hinter die letzte Hügelkette vor der Düna. Nordgerig. Liegendes Eisen lag zwischen dem dunklen Samt der Nacht-erde und dem tiefblauen des Himmels wie Doldse in einem A-tarhären.

Wieder quakten Frösche; diesmal schienen sie mit den Deutschen zu sympathisieren, als wollten sie sagen: „Wir machen mit!

Wir marfieren harmlosen Abendfrieden! Wir haben uns mit dem Mond verabredet, mit dem wir uns bekanntlich sehr gut verstehen, wir sind seine besten Freunde. Er soll nicht zuviel und nicht zu wenig scheinen. Ihr seid fürchterliche Bananen; von Kunst versteht ihr wenig, aber alles was recht ist: Euer Aufmarsch ist grandios, phänomenal, kolossal, noch nicht dagewesen! Also wenn das nicht klappert... Uhm, uhm!“

Im Stajngelholz sammelte sich die Kompagnie und schlug dicht bei einer Batterie von Vier-Haubitzen Zelte auf. Die Feldküche fuhr heran und es gab eine von Speckfritten wimmelnde Ofenstube. Rum und heißen Kaffee. Erdenfelig warf sich Runge auf den Waldboden und verkaufte unausgefordert seine Erstgedutz für das soeben verzehrte Linsengericht, meringleich er auch vor der Suppe schon der Wucht des Krieges erlegen war. Er imponierte sich durchaus, preussischer Feldwebel am Abend vor der Schlacht zu sein.

Er wurde entsprechend belohnt. Des Hauptmanns Bürsche kam: „Warum der Herr Feldwebel nicht im Führerzelt schläft und dafür drei Zeltbahnen stellt?“ Er fand hinten den Hauptmann auf Tannengrün gebettet und lieferte die seinem Zug ungenutzten Zeltbahnen ab.

„Hocherfreut, daß Sie uns beehren, Herr Offizierstellvertreter Runge! Glauben Sie nicht so: Sie sind es leoben geworden. Schade, daß man sie freilich nicht so anreden kann; es ist nur Ihre Funktionsbezeichnung, Sie bleiben der Herr Feldwebel. Aber es gibt eine gewaltige Löhnung, beinahe Leutnantsgehalte, und außerdem tragen Sie feudale Häckelklappen mit Lige eingest. Mit den goldenen Regimentsnummern in Metall sind Sie von Offizierschleifchen kaum zu unterscheiden. Kommen Sie mit einem netten Heimatsflug in die Garnison, so tragen Sie dort den Degen offiziersmäßig untergeschminkt: Also wie finden Sie alles?“

„Interessant, Herr Hauptmann.“

„Merkwürdige Auffassung. Also ich gratuliere.“

„Ich danke gehorsamt, Herr Hauptmann.“

„Bitte, nicht gehorsamt! „Gehorsamt“ dankt nur der Offizier; Sie schmecken in Ihrer Freude zu weit. Legen Sie also Ihre neue Würde getrost auf die Tannenzweige unseres Kompanie-stabzeltes.“

Runge dachte befriedigt an die höhere Geldbindung nach daheim, zog seine Wolldecke über den Kopf und dämmerte vor sich hin.

Nach einer halben Stunde rief der Hauptmann, der zwei Meter weiter entfernt lag: „Runge!“

„Herr Hauptmann?“

„Sagen Sie mal, wann gedenken Sie eigentlich dienstlich mir Ihre Beförderung zu melden?“

Runge staunte ihr rekrutenbamm an.

„Sie haben doch jede Beförderung Ihrem Kompanieführer dienstlich zu melden? Ich bin nicht befugt, Sie davon zu befeien.“

Großer Gott! Runge schnalzte liegend seinen Stahlhelm vom Tornister, kroch auf allen Vieren aus dem Zelt, setzte draußen den Helm auf, schnalzte um und kroch sich durch den Burschen, der am Eingang kälte, anmelden.

„Herr Hauptmann läßt bitten.“

Runge kroch wieder ins Zelt, nahm halb knieend, halb liegend dienstliche Haltung mit den Händen an der Hosennaht ein und meldete: „Feldwebel Runge, soeben zum Offizierstellvertreter befördert.“

„Ich danke. Gratuliere nochmals.“

„Ich danke, Herr Hauptmann.“

„Lebtigens sind Sie nicht zum Offizierstellvertreter „befördert“, sondern zu dieser Funktion lediglich „ernannt“. Eine Beförderung bedingt einen neuen Titel, den Sie nicht haben. Wollen Sie sich bitte diesen Unterschied anzeigen.“

„Jawohl, Herr Hauptmann!“

Runge legte sich wieder in sein Loch. Die deutsche Disziplin war gerettet. Die Mannschaft schrie die vielleicht letzten Worte, welche die Feldküche mitnahm. Alles schlief ein.

Um 4 Uhr brüllte die ganze Front auf die Sekunde los. Von Riga bis Düna wurden tausend Batterien Geschütz auf Geschütz in die Ruffengraben. Die feindlichen Geschützstände wurden in giftige Gaswolken gehüllt. Die Russen flohen. In unerschütterlichem, künstlichem Nebel zogen die ersten Stütztruppe über den Fluß und wurden kaum beschossen. Nach einer Stunde war bereits der Schwannensee erreicht.

Eine fröhliche Erregung hatte die Kompagnie ergriffen. Man wartete darauf, eingeseht zu werden, aber es wurde später Nachmittag, ehe man auf der schwankenden Pontonbrücke über die Düna taumelte und Livlands Boden betrat. Draußen hielten zwei Generalfeldwebel auf Pferd. Runge, der auf die Gefechtsbagage zu warten hatte, hörte ihr Gespräch. Das Biesentot ihrer Hosen überhörte keine Gedanken.

„Es scheint also gegliedert zu sein. Was verspricht man sich von dieser Offensive?“

„Das Wichtigste ist wohl die Kürzung des alten Frontbogens. Weiter: Man kann in Deutschland wieder schlagen. Es hängt überhaupt gut: Riga erstickt! Noblesse oblige! Und ein Haufen verschlafener Stellungstruppen lernt wieder marschieren. Was man sonst vom Baltikum erhofft? Ich bin skeptisch! Aber es läßt sich vom deutschen Riga gut schreiben.“

„Also im wesentlichen moralischer Erfolg? Rigas Indultrie?“

„Ja, gewiß! Was übrig blieb!“

Riga ist eine merkwürdige Stadt, dachte Runge. Ob wir wohl einmarschieren?

(Fortsetzung folgt.)

Internationales Fußball-Wettspiel England-Lübeck

am 3. August 1924

F. S. V.

8008



Servus
muss man benutzen
zum Stiefelputzen!
Überall zu haben.

Niederlage: D. Dräger,
Lübeck, Fischstr. 34.

+ Magerkeit +

Schöne volle
Körperformen
durch unser
„Negro“ Kraftpulver
in 6 bis 8 Wo-
chen bis 30 Pfd.
Zunahme. Ga-
rant. unschädlich. Ärztlich
empfohlen. Streng reell!
Viele Dankschreiben. Karton
mit Gebr.-Anm. Mk. 2.50.
Adler-Apotheke.
Lübeck, Ob. Mengstr. 10
(6004)

Sozialistische Klassiker

Ferdinand Lassalle

Auswahl
von Reden und
Schriften nebst kurzer
Biographie und geschicht-
licher Einführung von
Dr. Karl Henner
geb. 8 Mark

August Bebel

Der Mann und sein Werk
von Franz Klitz
geb. 6 Mark

Buchhandlung des
Lübener Volksboten
Johannisstr. 46.

Wie ein Lauffeuer

haben sich meine billigen Preise im

Saison-Ausverkauf

herumgesprungen, deshalb veräumen auch
Sie nicht diese günstige Gelegenheit

Johannes Holst

Manufaktur und Herren-Garderoben

Markt 6 LÜBECK Kohlmarkt 6

6020

Deutscher Verkehrsband

Ortsverwaltung Lübeck.

Gemeinschaftliche Mitgliederversammlung

am Donnerstag, dem 31. Juli
abends 7 1/2 Uhr:

im „Gewerkschaftshaus“

Tagesordnung:

1. Das Genossenschaftswesen Referent: Genosse
H. Nupnau.
2. Abrechnung vom II. Quartal.

(6029) Die Ortsverwaltung.

Moislinger Baum

Direkte Endstation der Linie 9.

Morgen Donnerstag, den 31. Juli

Anfang 7 Uhr

der beliebte Gesellschaftsabend

anschließend

Groß. Brillant-Feuerwerk

Freier Eintritt. Freier Eintritt.

Rudolph Jäde.

Gesellschaftshaus „ADLERSHORST“

(6002) Morgen Donnerstag: BALL.

Führer

durch
Bad Oldesloe

mit Ausflügen
in die Umgegend
mit Stadtplan
und Umgebungskarte
von Oldesloe

Preis 1.— Mark
Buchhandlung des
Lübener Volksboten
Johannisstr. 46



Chor- verein Lübeck.

General- versammlung

am Freitag, 1. Aug. 1924
abends 7 1/2 Uhr
bei Lender, Hundestr.

- Tagesordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal;
 2. Erhebung eines Extra-
beitrags;
 3. Strandfest;
 4. Innere Vereinsange-
legenheiten.
- NB. Anschließend Sängerver-
sammlung. (6018)
Der Vorstand

Hut-Ziehe

Herrn-Hut-Reparaturen
jeder Art. (6812)
Neu-Verkauf von
Hüten und Mützen.
Albert Ziehe, Hutm.,
Wahlstr. 9.

Visitenkarten

fertigt an die
Buchdruckerei von
Friedr. Meyer & Co.

Trocadero

Schlüsselbud. 4. F. 787

Stimmungs- Konzerte

(6009)

Liebknichts Voltsfremdwörterbuch

Gebunden Mk. 8.—
Buchhandlung des „Lübener Volksboten“
Johannisstraße 46.

Einer werten Kundschaft zur Kenntnis,
daß ich mit dem heutigen Tage eine

Kolonial-, Fettwaren- und eine Obst- und Gemüsehandlung

eröffne. Ich bitte, mein junges Unter-
nehmen gütigst unterstützen zu wollen.
Hochachtungsvoll (6035)

M. Nupnau :: Hinter St. Petri 13.

Gas cbm 19 Goldpfg., Lichtstrom khw 60, Kraft
strom 27, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit
Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (6014)

Achtung!

Seifenpulver
„Tropelin“
enthält 50% Kernseife
größte Waschkraft
3 Pak. nur Mk. 0.95
*
Reine
Kernseife
in 200-Gramm-Riegeln
3 Riegel nur Mk. 0.50



Billige Seifen!

12 Stück
Lanolinseife
Mark 1.50
3 Stück allerfeinste
Lawendelseife
Mark 1.00
3 Stück
ia. Badeseife
200 Gramm schwer
Mark 1.60
Ferd. Kayser
Breite Str. 81

Adresskarten

werden angefertigt bei
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Kredit

Ich gewähre nach wie vor an Beamte,
Arbeiter und Angestellte
von 3 bis 3 Monaten bei
geringer Anzahlung und
bequemer Teilzahlung!

ohne Anzahlung!

Ich empfehle elegante
Herren-Anzüge und Paletots
in vornehmster Verarbeitung, sowie
Summi-Mäntel
für Herren- und Damen.

Damen-Mäntel, Kostüme, Kleider
und Röcke, Sportwesten
und seidene Jumper

Nach- und Bettwäsche, Damen- und Herren-
Wäsche, sowie Herren- und Damen-Stoffe,
Türliche, Gardinen und Federbetten.

H. Kesten

Johannisstraße 17, 1 — Telefon 8209
Aufgang zum Petrifabrikhof
Gangang von der Seite (6012)

Wohnungen.

Im nahezu fertigen Baublock Luisenstraße
und im angefangenen Baublock Hansaring
sind aus Zufall noch einige Wohnungen
gegen Hergabe einer Hypothek abzugeben.
Gemeinnütziger Wohnungsbau, Lübeck,
e. G. m. b. H. (6016) Mengstraße 10.

Kausfrauen! Seht Acht!

Verzagt beim Einkauf von Margarine
ausdrücklich die vorzügliche
Oldenburger Pracht

(Feinste Frischmilch-Margarine)
in allen Kolonial- und Feinkosthandlungen
erhältlich.

Ein Pfund 70 Pfg.

Oldenburger Margarinewerke
Aktiengesellschaft
Hoykenkamp b. Delmenhorst
Generalvertretung und Fabrikniederlage:

Tamm & Co., Lübeck

Mengstrasse 37. (6008)

Geschichte der deutschen Sozialdemokratie

von Franz Mehring — 2 Bände 16.— Mark
Buchhandlung des „Lübener Volksboten“
Johannisstraße 46.

Sonntage eines Großstädtlers in der Natur

Von Kurt Grottel
Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche
gebunden Mk. 2.25

Buchhandlung des „Lübener Volksboten“
Johannisstraße 46

Reell und billig!

In bewährter Güte zu niedrigsten
Preisen empfehlen wir:
Kleiderstoffe gestr. u. kariert 120
Popeline ia. Qual. 5.20 4.75 4.20
Blusenstreif. gr. Ausw. 2.30 1.50 90
Frottes, Musseline, Crèpes
besonders billig! (6015)

Bett-Inlett

Kissenbreite . m 2.60 2.40 1.90
Bettbreite . . m 4.60 3.90 3.40

Kadett gute Qualität m 140
Schürzenstoffe 116 cm br. 1.70 1.60
Linn 120 cm br. m 185
Bettlakenstoffe m 2.60 176

Fertige Bettbezüge

wk. u. bunt 14.— 11.— 8.— 6.80
Besuchen Sie bitte unser Schaufenster!

Walter Griephan & Co.

Lübeck, Huxstr. 74
Telephon 2957.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 30. Juli.

Die Kultur der Lübecker „Aufbauer“.

Zweck: Schwindeln aus Prinzip!

Die Deutsche Volkspartei gibt in Lübeck ein in den weitesten Kreisen unbekanntes Blatt heraus, das sie „Aufbau“ betitelt und von dem sie behauptet, es sei eine „Lübecker Wochenchrift für Wirtschaft und Kultur“. Von der „Wirtschaft“, die dort betrieben wird, soll hier heute nicht die Rede sein, sondern nur von der volksparteilichen „Kultur“. In der genannten Wochenchrift ist eine Rubrik eingerichtet, welche die Ueberseits „Aus unserer roten Mappe“ trägt. Dort werden alle schamlosen Verleumdungen zusammengetragen, die man in der rechtsstehenden Presse gegen die Sozialdemokratie ausstreut, zu dem Zwecke, dem politischen Gegner verächtlich zu machen. Kultur nennt der sogenannte „Aufbauer“ das. Wie dum und gewisslos vorgegangen wird, dafür nur ein Beispiel aus der letzten Nummer.

In Württemberg hat der deutschnationalen Franzosenabkömmling Bagille, den die Rechtsparteien des Landes wahrscheinlich aus völkischer Ursache zum Staatspräsidenten gemacht haben, wider alles Recht und ohne sachlichen Grund den bisherigen Gesandten Hildenbrand beseitigt, weil — zum weil er Sozialdemokrat ist. Um diese brutale Maßnahme mit dem Schein der Notwendigkeit zu umgeben, hat der Herr Bagille später so, als ob die Abberufung erfolgt sei, weil man einen juristischen Fachmann für den Gesandtenposten brauche. Das ist natürlich aufgesetzter Schwindel; denn für bestimmte Fragen entstehen alle Länder neben ihren Gesandten noch besondere Fachleute neben ihren ständigen Vertretern. Und doch Juristen in allen Dingen Fachleute sind, glaubt im Ernste niemand.

Dieser typische Fall des Mißbrauchs der politischen Macht durch den deutschnationalen württembergischen Staatspräsidenten gibt nun dem „Aufbauer“ Veranlassung, nicht Bagille zu kritisieren, sondern den aufrechten Republikaner Hildenbrand herunterzureißen. Schon die Stichmarke „Gut versorgt“ läßt den Zweck der Uebung erkennen. Dann wird Hildenbrand als „typischer Revolutionsbeamter“ bezeichnet und behauptet, daß er als Goldschmied natürlich nicht die für sein Amt erforderlichen Eigenschaften besitzen konnte. Dazu nur einige Bemerkungen. Zunächst weiß die Redaktion des „Aufbauer“ nicht einmal wie Hildenbrand sich richtig schreibt, was sie ebenso leicht aus dem „Rufhörer“ ersehen konnte, wie die Tatsache, daß er von Beruf niemals Goldarbeiter war. Aber das sind natürlich Nebensächlichkeiten, die eine Wochenchrift für Kultur nicht zu kennen braucht. Von größter Komik ist es aber, wenn der „Aufbauer“ seinen Lesern den Wären aufbindet: „Wir zahlten dem Goldschmied bis an sein Lebensende sein Ruhegehalt.“ Da Hildenbrand weder vom Reich noch von Lübeck Ruhegehalt bezieht, so ist auch kein Lübecker genötigt, dazu beizutragen, es sei denn, daß die Redaktion des „Aufbauer“ selbst sich mit wir begnügt hat und bezahlen will. Aus so schamhaften Händen würde der „Abgebaute“ gewiß nichts nehmen. Schon diese wenigen Darlegungen liefern ein kleines Bild aus der Praxis der „Wiederaufbauer“. Man beschimpft einen auch von der anständigen bürgerlichen Presse als tüchtig anerkannten Mann, um dessen Partei und der Republik eins zu verstehen. Dabei dient als Mittel die Schere und der Kleisterkopf! Nicht einmal soviel eigene geistige Arbeit wird angewendet, wie nötig ist, um die Schwindelware nicht gleich als solche erkennen zu lassen und die dümmlichen Schmeißer auszumergen. Die fetzte Beschimpfung wird eben umhelsen abgedruckt. Das ist in Lübeck volksparteiliche Kultur! Da Rechtsanwalt Gwers als der geistige Leiter dieses Organs seiner Partei gilt, so darf man wohl annehmen, daß er es ist, der die „rote Mappe“ mitteilt. Wahrscheinlich heißt die Rubrik „Aus unserer roten Mappe“ so, weil diejenigen, die sie füllen, eigentlich deswegen schamrot werden müßten.

Endlich möchten wir dem „Aufbauer“ noch einen Tip für seine nächste Nummer geben. In Hannover soll der Oberbürgermeister Leinert abgehaat werden. Da er früher Maler war, so bedeutet nach volksparteilicher Gesinnung seine Anstellung selbstverständlich nichts als die Versorgung eines unfähigen Sozialdemokraten. Wir bitten jedoch die Redaktion davor warnen, sich oder ihre Leser daran zu erinnern, daß Leinert 1918 von der nur aus bürgerlichen Mitgliedern bestehenden Stadtverordnetenversammlung einstimmig zum Oberbürgermeister gewählt wurde, als der damalige Stadtdirektor Tramam seine zog, weil er fürchtete, die revolutionären Arbeiter könnten ihm was tun! Jetzt ist dieser Held der Kaser im Streit gegen den „verforgten Maler“!

Der Wasse in Lübeck.

Kommunistische Lügenbeutereien.

Er ist also doch gekommen, um im Rahmen einer kommunistischen Rundgebung zu sprechen. Und der Name hatte seine Wirkung nicht verfehlt. Viele waren gekommen, um den Dichter, der in seinem Buche „Feuer“ die juchzenden und zugleich lebenswichtige Schilderung des Krieges gegeben hat, persönlich zu hören. Daß er französisch sprach, enttäuschte manchen; aber der Schwung seiner Rede — das muß auch von uns anerkannt werden — war befeelt von derselben Leidenschaft des Kampfes gegen den kapitalistischen Krieg, der seine Bücher erfüllt, und sein Aufruf zur Solidarität der Proletarier aller Länder im Kampf gegen Krieg und Kapitalismus kam sicher aus echter Gesinnung. Von Herzen gern hätte man eingestimmt — wäre einem nicht bewußt gewesen, daß er sich zum Werkzeug derer machte, die alle Kraft darauf anwenden, die Teile des Proletariats gegeneinander zu hegen. Und wenn er von den geistlichen neuen Rüstungen in allen Ländern sprach, wie konnte er da Rußland vergessen, das ein eigenes Institut für den Giftkrieg gegründet hat? Wie konnte er Lenin feiern, der gegen das friedliche und sozialistische Georgien einen Raubzug organisierte, nicht weniger blutig und erpresserisch als irgend ein imperialistischer Kolonialkrieg?

Wäre man auf der Rede Barbusses geneigt gewesen, doch nach an den sozialistischen Grundzug bei unseren sogenannten Kommunisten, an die Möglichkeit eines gemeinsamen Kampfes gegen das Ausbeutertum zu glauben, so waren die Reden der deutschen Kommunisten, Schöpman aus Schwerin und des Lübecker Nidel geeignet, auch dem Gutsgläubigsten alle Illusionen zu zerstören. Eine einzige verlogene Hege gegen die Sozialdemokratie von Anfang bis zu Ende. Für den Grad der Gemeinheit ihrer Lügen nur ein Beispiel. Der völkische Freiherr v. Brandenstein hat Barbusse verboten, in Mecklenburg zu sprechen, weil es dieses Landes unwürdig sei, einen Fremden öffentlich reden zu lassen. Gewiß ein hoher Grad völkischer Eingetrigkeit, durchaus würdig dieses Landes des Ochsenkopfes! — Aber wie schlachtet der wadere Kommunist das aus? — Er macht für diesen Beschluß des völkischen-deutschen nationalen Ministerrats unsere Stellung verantwortlich. Natürlich weiß er ganz genau, daß Stellung in Mecklenburg genau so viel und so wenig zu bestimmen hat wie er selbst, daß er der kürzeste Feind dieser satyrischen Regierung ist. Aber Stellung — Mecklenburg — das paßt nun mal so schön zueinander und in einer

Die Bildungsfrage der jugendlichen ungelerten Arbeiter.

Gesichtspunkte für die gegenwärtige Gestaltung der Berufsbildung der jugendlichen ungelerten Arbeiter.

Es ist sehr zu bedauern, daß in der Allgemeinheit die jungen ungelerten Arbeiter so oft über die Achsel angesehen werden. Denn es ist doch meistens nicht ihre Schuld, daß sie in diesem Berufe stehen, sondern es war die zwingende Notwendigkeit der häuslichen Verhältnisse, der bittere Zwang, nach Kräften beizutragen, Mittel zum Leben zu beschaffen. Und so wäre es also auch Pflicht der Gesellschaft, Pflicht der Arbeitgeber und aller älteren Arbeitsgenossen, ja Pflicht aller Schichten unseres Volkes, diese Gruppe jugendlicher Arbeitnehmer als vollwertige Glieder des Arbeitsprozesses der Volksgemeinschaft anzusprechen. Sie selbst müssen aber auch ihre Kleinarbeit als einen wichtigen und notwendigen Bestandteil eines Ganzen werten, wenn auch das fertige Arbeitsstück selten durch ihre Hände läuft. Auch der ungelerte Arbeiter soll und muß seine Tätigkeit als Berufsarbeit auffassen, als Dienst am gesamten Volke, das ja auch seine Kleinarbeit gar nicht entbehren kann, denn mancher Industriezweig könnte kaum bestehen, wenn es keine ungelerten Arbeiter gäbe.

Wir können es also auch sehr wohl verstehen, wenn in weiten Kreisen der Bevölkerung kein oder doch nur ein geringes Verständnis für Bildungseinrichtungen vorhanden ist, die für die jugendlichen ungelerten Arbeiter geschaffen werden. Denn der Wert der von der allgemeinen Pflichtfortbildungsschule, oder wie sie auch oft benannt wird, der Arbeiterschule oder der allgemeinen Werkerschule, zu lösenden Aufgaben in dem Gesamtzusammenhange unserer Kultur erscheint erst an untergeordneter Stelle. Dieser Schein entsteht dem nur an der Oberfläche haftenden Auge durch die Tatsache, daß die Arbeiterschule keine besonderen, speziell bestimmten und in die Augen fallenden Teilgebiete der Kultur im einzelnen zu fördern hat wie die Fachklassen der Berufsschulen, von denen jede Abteilung ein bestimmtes Handwerk oder einen Sonderzweig der Industrie als ihr Spezialgebiet zur Grundlage hat. Für die allgemeine Pflichtfortbildungsschule fehlen meistens solche Grundlagen. Aber trotzdem ist die aus dieser Tatsache entpringende niedrige Einschätzung dieser Schularbeit nicht zutreffend. Es ist ihre Aufgabe zu zeigen, daß über den Erwerb hinaus der einzelne mit seiner Arbeit einen Dienst am Volke leistet und daß er dadurch seinen persönlichen Wert bestimmt. Der jugendliche ungelerte Arbeiter, welcher keinen Spezialberuf technisch ausgeprägter Natur hat, sieht sich vor die unbedingte Notwendigkeit gestellt, die allgemeinen Grundbegriffe aller Berufe und den Zusammenhang verschiedener Wirtschaftsfaktoren besonders deutlich und notwendig zu erkennen. Aber diese Tatsache ist nicht der alleinige und vor allen Dingen nicht der ausschlaggebende Grund für die Schwierigkeit der in der Arbeiterschule zu lösenden Aufgaben.

Wir alle erleben tagtäglich unsere Jugend in ihrem Benehmen und Betragen. Man entsetzt sich, bedauert und klagt, aber die allgemeine Pflichtfortbildungsschule hält man trotzdem vielfach nicht für so dringend erforderlich wie andere Schulen. Und dennoch ist sie die Einrichtung, die ein Notwendigkeitsmoment in sich trägt wie keine andere Schule. Die Arbeiterschüler sind die einzigen, welche im jugendlichen Alter von 14 bis 18 Jahren schon mitten in den bewegten Wogen des Lebens stehen, ohne geklärtene Einsicht, ohne befestigten Willen. Sollen und dürfen wir sie dem großstädtischen, keine Hemmungen und Gebundenheiten früherer Zeiten kennenden Leben ohne jede gezielte Beeinflussung preisgeben? Der Schüler höherer Schulen ist besonders im Elternhause, der Handwerkslehrling und Schüler der Berufsschule ist wenigstens noch in den geordneten festen Verhältnissen seiner Lehre, aber der jugendliche ungelerte Arbeiter, der Arbeiterschüler, ist ein moderner Großstadtmohnde. Er ist das gefährlichste und zugleich das bedauerndste Element unserer gesamten Jugend. Handelte es sich nur um einen kleinen Teil unseres Volkstörpers, so könnte

vielleicht das Wagnis unternommen werden, ihn seinem Schicksal preiszugeben. Aber auch dieses wäre schon aus grundsätzlichen bevölkerungspolitischen Erwägungen zu verwerfen. Nun ist es jedoch tatsächlich so, daß die durch die Arbeiterschule gehenden Menschen einen außerordentlich großen Teil des Volkes darstellen. Ohne sie und noch weniger gegen sie kann an Aufstieg und Wieder- aufbau nicht gedacht werden. Sie müssen die Notwendigkeit des Gemeinschaftslebens am tiefsten und klarsten erkennen, weil ihr Komadenrum sie oftmals zu dem Glauben verführt, man könne einer Gemeinschaft sich entziehen, welche Forderungen stellt, wie sie das Gemeinschaftsleben nötig hat. Sie müssen erkennen, daß eine Flucht aus dieser oder jener Gemeinschaft möglich, aber aus der Gemeinschaft überhaupt, also dem Staate, unmöglich ist. Die Erziehung des Arbeiterschülers ist dringender als die jedes anderen jungen Menschen, weil sich gezeigt hat, daß in der Kriminalstatistik wie bei vorkommenden Unruhen, die unangeführten Jugendlichen immer eine große Rolle spielen. Und es ist daher besonders zu begrüßen, daß nun endlich auch hier in Lübeck an den ernsthaften Ausbau der allgemeinen Pflichtfortbildungsschule für die ungelerten jugendlichen Arbeiter gegangen wird. Hierbei ist aber auf die Verleibständigung der Schule ganz besonderer Wert zu legen, denn nur so wird es möglich sein, die dem flutenden Leben entzogenen und darum sich rasch verändernden Unterrichtsstoffe wirklich nutzbringend zu verwerten und einzugliedern.

Da über den wirtschaftlichen und ideellen Wert des Arbeits- und Werkstattunterrichts an Arbeiterschulen kaum noch ein Streit besteht, so hoffen wir, daß derselbe auch bei uns in Lübeck bald zur Einführung gelangt, zumal er durch die zu erwerbende Handgeschicklichkeit und die geistige Weiterbildung den Jugendlichen auch wirtschaftlich erheblich vorwärts bringen wird. Nicht so meßbar wie die wirtschaftlichen Vorteile, doch nicht minder bedeutungsvoll ist die Einwirkung der Handarbeit auf das Gemütsleben. Der Arbeits- und Werkstattunterricht soll den jungen Menschenfindern die Freude am Werk, am gelungenen Stück Arbeit erschließen helfen, indem er sie anleitet, allerlei nützliche Hausgeräte selbst anzufertigen. Zu diesem, oft nach eigenen Ideen, in gemüthlicher Schaffensfreude entstandenen Werke der eigenen Hand behält ihr Erzeuger immer eine persönliche Beziehung. Sie sind ihm nicht nur freundliche Erinnerungen und Zeugen seiner steigenden Geschicklichkeit, sie vermögen auch über sein bescheidenes Heim einen Schimmer traulicher Behaglichkeit auszubreiten.

Auch über die Lage der Unterrichtsstunden sind noch einige Worte zu sagen. Der Achtstundentag mit seinem verhältnismäßig frühen Arbeitsanfang hat in Arbeitsschulen den Wunsch hervorgerufen oder mindestens verstärkt, die Unterrichtszeit in die Spätnachmittagsstunden, also möglichst außerhalb der Arbeitszeit, zu legen. Solchen Bestrebungen muß energig entgegengetreten werden, denn abgearbeitete Menschen sind für den Unterricht nicht mehr genügend aufnahmefähig, wie auch die Gesundheit der jungen Leute solche Wünsche nicht zufallen darf. Die Praxis hat nun bewiesen, daß der Vormittagsunterricht auf den Schulbesuch, das Verhalten der Schüler und die Unterrichtserfolge von bestem Einfluß gewesen ist. Hierbei ist jedoch vorauszusetzen, daß keinesfalls eine Lohnkürzung infolge des Schulbesuchs eintreten darf.

Wenn alle diese Wünsche und Voraussetzungen hier in Lübeck ihre Erfüllung finden werden, dann hoffen wir, daß die allgemeine Pflichtfortbildungsschule das Beste gewinnen wird sowohl im Interesse des Volksganzen wie auch der Schule, das in dem widerspruchsvollen Alter der Jugendlichen so schwer zu erringen ist: das offene und herzliche Vertrauen der jugendlichen, ungelerten Arbeiter. Auch zum Herzen der Ungelernten führt ein Weg!

Kommunistischen Versammlung braucht man auf die Intelligenz der Zuhörer offenbar keine große Rücksicht zu nehmen.

Und in dieser Umgebung von Schwindlern und Gewaltposteln der Dichter der Menschlichkeit mit seinem Laus auf den proletarischen Menschen! Nein, dieser Dichter ist wirklich kein Politiker. Voll Betrübnis möchte man ihm zurufen wie Gretchen dem Faust:

„Es tut mir in der Seele weh,
Wenn ich dich in der Gesellschaft seh.“

Lübecker Straßenbahn.

Im Hinblick auf die unter den Fahrgästen vielfach verbreiteten unzutreffenden Meinungen über den Verkehrsbedarf der Straßenbahn erhalten wir von der Verwaltung eine Zuschrift, in welcher wir gebeten werden, nachstehende Ausführungen zu veröffentlichen, die als Erwiderung auf zwei in einer hiesigen Tageszeitung vor kurzem erschienene Artikel bestimmt sind.

Zunächst wird über ungenügende Wagenfolge und das Aussehen unserer Verkehrsmittel Klage geführt. Zum Vergleich ist eine der vornehmsten und großartig angelegten deutschen Weltstädte, die frühere Residenzstadt Dresden mit ihren nahezu 600 000 Einwohnern herangezogen. Es wäre wohl müßig, die grundlegenden Unterschiede zwischen den Straßenbahnen in Lübeck und Dresden darzutun; für wirklich bereite Lübecker und Fachleute steht fest, daß die Straßenbahnwagen Lübecks zu den häßlichsten zählen, die man im In- und Auslande antrifft. Was die Kritik der Wagenfolge betrifft, so ergibt sich ohne statistisches Zahlenmaterial unmöglich ein einwandfreies Bild. Die immer wieder auftretenden Wünsche hinsichtlich der Fahrplanveränderung müssen aber verhallen, wenn wir hiermit erklären, daß unsere Fahrpläne im Vergleich zu den Benutzungsziffern heute um über 32 Prozent größer sind, als in früheren Jahren unserer größten Leistungen. Dabei bleibt die am 25. Juli eingebrachte Fahrplanveränderung auf der Marlbahn noch vollständig unberücksichtigt. Daß diese gewaltig erhöhte prozentuale Fahrpläne auf die einzelnen Linien verteilt wurde, ist selbstverständlich. Wenn wir also trotz der überaus umfangreichen und kostspieligen Erneuerungsarbeiten, die der Betrieb infolge des Neubaus der letzten Jahre für lange Zeit gebietet wird, diese gewaltige Mehrleistung heute schon bieten, wird uns gewiß niemand einen engherzigen rein kaufmännischen Geist unterstellen können, der streng nur die großen schwer aufzubringenden Wiederaufbauausgaben der Zu-

kunft sieht und dabei veräurmt, sich dem wachsenden Verkehrsleben der Stadt aufmerksam anzupassen.

Mit Vorstehendem haben wir aber zugleich gezeigt, daß wir mit unseren Leistungen dem Verkehrsbedürfnis tatsächlich weit vorausseilen. Wir Lübecker dürfen uns durch den Straßenbahnverkehr in Großstädten nicht täuschen lassen. Dort liegen die Verhältnisse wie uns als Fachleuten bekannt ist, vielfach so, daß die Benutzung der Straßenbahn heute erheblich größer ist, als in Vorkriegszeiten. Was über die Gestaltung von Theaterwagen gesagt wurde, wird im kommenden Winterhalbjahr unter den heftigen Verhältnissen zum großen Teil ganz ohne weiteres Berücksichtigung finden. Selbstverständlich werden wir auf besondere Wünsche, soweit sie der Allgemeinheit dienen und vom Betrieb getragen werden können, jederzeit gerne eingehen. Dann würde die geringe Auslastungsgelegenheit bemängelt. Auslastungsgelegenheit durch Straßenbahnpersonal in größerem Umfange ist wohl in Großstädten Bedürfnis, aber nicht in einer Stadt von wenig über 100 000 Einwohnern, wo jedes schulpflichtige Kind die Linien und ihre Fahrtrichtung kennt und doch an allen wichtigen Verkehrsplätzen Polizeiposten aufgestellt sind. Dem Wunsche bezüglich des Anschlages von Abfahrtszeiten an größeren Verkehrsplätzen dagegen wird in Kürze entsprochen sein. Die Vorarbeiten dazu sind bereits seit einiger Zeit im Gange. Im übrigen haben wir seit Mai ds. Js. auf der Hauptverkehrsstraße zwischen Bahnhof und Markt sowohl vor- wie auch nachmittags eine 5-Minuten-Wagenfolge, jedoch jeder Fremde schnell und leicht das Stadttücker erreichen kann. In bezug auf Ueberfüllung der Wagen haben wir uns bereits in der Zeitungsnote vom 23. Juli gelegentlich der Bekanntgabe der Fahrplanerweiterung auf der Marlbahn verbreitet. Was endlich das Decken der vorderen Wagentür anlangt, so besteht seit Einführung des Zweimannwagens die gleiche Handhabung wie in Vorkriegszeiten. Es wird daher mit Beginn des Winterhalbjahres auch das Schild an den Wagentüren wieder angebracht werden, auf dem es heißt: „Vordere Tür darf vom 1. Oktober bis 31. März nur im Falle der Gefahr geöffnet werden.“ Die Luftklappen der Oberlichter unserer Wagen, die noch berührt wurden, sind selbstverständlich an heißen Sommertagen geöffnet. Unser Personal erlebt aber gegenwärtig häufig, daß selbst bei hohen Temperaturen diese Lüftungslappen oftmals grollend von Fahrgästen geschlossen werden.

Wir sind nach wie vor bemüht, unseren Fahrgästen voll und gerecht zu werden und Ihnen jede nur denkbare Erleichterung zu verschaffen. Wir haben aber auch die Pflicht, unseren Betrieb im Interesse des Verkehrslebens der Stadt zu erhalten und heute noch

vielen aus der schweren Wirtschaftslage der letzten Jahre nachzuholen. Dies mögen unsere Jahrgäste bei allen möglichen Anregungen und Kritiken doch wohl beachten.

Die Links- und Rechtsputzmaschinen.

Große Geister bei Kommunisten und Vaterländischen. — Falcher Alarm.

Heute früh bringt auch der „General-Anzeiger“ eine dem Hamburger Fremdenblatt entnommene Meldung, wonach für den 4. August ein kommunistischer Putzschiff ausgerüstet werden soll. Das Signal zum Auslaufen soll ein Attentat in Berlin sein. Die KPD wolle die Massen durch eine militärische Bewegung an sich reißen, militärische Kämpfe sollen sich aus voraufgegangenen Massenbewegungen entwickeln. In der bürgerlichen Meldung ist weiter die Rede vom „unlösbaren Tragen der Waffen“, „Erkundung von Behördenbeschlüssen, Stilllegung von Verkehrsmitteln, Sprengung von Polizeiwachen usw.“

Wir kennen diese Alarmnachricht, schon ehe sie in dem völkischen General-Anzeiger gestanden hat. Da wir sie als ausgemachte Spitzelarbeit und Schwindel betrachten, nahmen wir von ihr keine Notiz. Ohne Zweifel gibt es in der KPD einen durch übertriebene Zentralaufträge und verwirrende Parolen zu der Ansicht gebrachten Teil, daß eine Wiederholung des Oktoberputsches der KPD förderlich wäre. Über dieser Flügel der KPD, ist päpstlicher als die Zentrale, die trotz ihres „Linksradikalismus“ (der sich ja eigentlich verpflichtet, jetzt endlich „die Aktion“ freizugeben) weiß, daß ein Putzschiff ein Selbstmord der KPD wäre. Den Kommunisten ist es nur darum zu tun, ihre Firma in empfehlende Erinnerung zu bringen. Deshalb ihre besonderen Anstrengungen in der gegenwärtigen Zeit. Ein Putzschiff widerprücht, so sehr auch der „Vorwärts“, vollständig den politischen Anschauungen, die in der letzten Zeit auf den Konferenzen der KPD, und auch in Moskau geäußert worden sind. Alles Geschrei der „linken“ Führung der Kommunisten hat nicht darüber hinwegtäuschen können, daß sie sich sehr wohl der allgemeinen Klauten bewußt ist, von der die kommunistische Bewegung getroffen ist. Auf dem letzten Zentralkongress ist das ganz eindeutig von den verschiedensten Delegierten zum Ausdruck gebracht worden. Es ist insoweit bestimmt nicht anzunehmen, daß die Kommunisten zurzeit irgend etwas vorbereiten, was nach einem Putzschiff aussieht.

Die Kommunisten drohen nicht mehr und nicht weniger wie die Großmänner in den „vaterländischen“ Verbänden, die wie ihre Freunde von links gerne mit Worten und Gesten Kraftmeiereien üben. Schon in der letzten Bürgerkriegsperiode mohten sich Hinz und Kunz mit ihren Trabanten über das Ohrengehör, daß am Sonntag die englischen Arbeiterportier von der Schutzmannskapelle abgeholt werden sollten. Und dann schrieb ein hohes Tier logar einen Drohbrief, daß ein derartiges Unterfangen große Gefahren für die Existenz der deutschen Republik in sich birgt — oder vielmehr eine solche Belastungsprobe für die vaterländischen Verbände zu stark sei. Das glauben wir auch. Wenn die Schutzmannskapelle läßt in die Trompeten bläst, fallen die Hafentruerler von selbst um. Der blinde Alarm ist natürlich auch bei den Hafentruerlern nur eine Geste, obwohl sie ihren Rittern bereits die Gestaltungsbeispiele ins Haus gebracht haben. Uebrigens können sich die Vaterländischen beruhigen. Die Arbeiterportier haben gar nicht die Absicht, die Schutzmannskapelle zu bemühen. Sie haben selber ein strammes Trommler- und Pfeiferkorps, das den nötigen Schwung in das sportliche Ereignis bringen wird.

In übrigen ist die Hafentruerlerbege gegen das Arbeiterportiereignis eine ganz dumme Sache. Als im April bekannt wurde, daß die englischen Arbeiterportier nach Lübeck kommen, waren selbst die bürgerlichen Sparvereine so begeistert, daß sie sich zur Hergabe der Spielplätze bereitstanden. Ebenso eifert um das Amt für Leibesübungen. Schon damals war bekannt, daß das eigene Trommler- und Pfeiferkorps spielen werde, obwohl es durchaus kein Unglück sein würde, wenn die Schutzmannskapelle spielte. Jetzt haben sich die reaktionären Verbände, seitdem die Sportplätze ausgingen, eines anderen bemerkt. Sie behaupten nun, daß die Engländer extra des 3. August wegen hierhergeholt worden seien. Man heßt aus Prinzip nach alldemokratisch-völkischer Manier und versucht so dem Bemühen der Reichsregierung, mit England wieder in Verbindung zu kommen, ein Schnippchen zu schlagen. Und das ausgerichtet in der Hafentstadt Lübeck, die alle Anstrengungen zur Hebung des Wirtschaftslebens mit dem Ausland macht!

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratische Frauen. Donnerstag den 31. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Versammlung. Aufsicht über §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuchs. Erscheinen Pflicht. Der Vorstand. L. Jauchart.

Ausflug für Arbeiterwohlfahrt. Vorstand Donnerstags den 31. Juli, abds. 7 Uhr, Sitzung im Sekretariat.

Offizier-Schmuggler.

Unter den Augen von zehn Regierungen.

Durch den Berliner Friedensvertrag ist die Zahl der Anliegerstaaten der Offiziere von vier auf zehn gestiegen. Zu den ursprünglichen Ländern: Dänemark, Deutschland, England und Schweden, sind noch Polen, Dänzig, Memel, Litauen, Lettland, Estland und Finnland hinzugekommen. Diese leben wohl jetzt zum größten Teil — in diplomatischer Sprache ausgedrückt — in „loosen“ Beziehungen zueinander, ohne sich indessen sonderlich nach dem alten Schemata: „Niemand denke auf den Schaden des anderen in seinem Herzen“ zu richten. Jedenfalls hat man sich bisher noch nicht dazu entschließen können gemeinsame Schritte gegen den immer mehr überhand nehmenden Spiritusgeschmuggel auf der Ostsee zu beraten, geschweige denn zur Durchführung zu bringen.

Die neuen Verhältnisse haben es zumege gebracht, daß sich, insoweit unter den Augen der Regierungen, ein üppiger Schmuggelhandel mit Spiritus und Spirituosen herausbilden konnte, über dessen Umfang naturgemäß nähere Daten nicht festzustellen sind, der aber sehr bedeutend sein muß, wenn man die enormen Aufwendungen in Betracht zieht, welche die verschiedenen Staaten jeweils der Abwehr des Unrechts von den eigenen Küsten tagtäglich auf sich nehmen müssen. Ausgerüstet und beladen werden die Schmuggelschiffe meist Segler, die mit einem Deimonier versehen sind und dazu die Größe eines Sprackelns erreichen, in den Freizeiten, wobei sich, gutem Vernehmen nach, besonders Dänzig hervortun soll. Normalerweise hat also das Land, von dem aus die Expedition in See geht, mit der ganzen Sache nichts zu tun. Wenn es keine Seemacht der Welt die Pflicht der Küstenwache, sich mit dem Schmuggler zu befassen, solange er auf offener Meer fährt. Die Seemächter und Gelehrten sind ihm gegenüber erst, wenn sich die Reize der Bestimmungen an ihn zeigen.

Denn es ist klar, daß sich die Schmuggler unter keinen Umständen bei Tage dem Jagtergebiet eines Herkades nähern dürfen. Die Zollbehörden passen höflich auf, und Gerade dem Schiff und seiner Besatzung, das von den Beamten gelapert wird. Selbstverständlich ist die gekannte Rate verfallen, und höhere Strafen drohen dem Kapitän und seiner Besatzung. Man kann sich glauben, daß mit ihnen nicht gerade günstig umgegangen wird, wenn auch die Erzeugnisse dieser Raubzüge über mittel- oder ferne Gattungen, namentlich in finnischen Gewässern, ihr Schicksal traglos einer üppigen Seemanns-Phantasie verdanken. In jedem Falle müssen sie oft wochenlang außerhalb der Küsten liegen, ehe sich an einem stürmischen Abend oder bei Nacht und Nebel Gelegenheit bietet, mit Hilfe der natürlich längst verfügbaren Wetterverhältnisse einen Teil der kostbaren Substanz zu

Internationales Fußballwettbewerb

Arbeitersportler

ENGLAND — LUBECK

Sonntag, den 3. August

Flugplatz Israelsdorfer Allee

Badeanstalt Krähentisch. Wassermärte heute früh 11 Uhr 21 Grad, Luft 22 Grad.

Badeanstalt Falkendamm. Wassermärte heute früh 10 Uhr 19 1/2 Grad, Luft 21 Grad.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau-Neufeld. Gewerkschaftsfest. Am 10. August veranstaltet der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund sein diesjähriges Gewerkschaftsfest mit Besatzungsfest auf dem Tiefhauplase. Alle umliegenden Arbeitervereine sind freundlichst eingeladen. Auch findet eine Prämierung für Kinder statt, die den besten Korfbogen haben. Es wird gebeten, daß sämtliche Arbeiterkinder sich an dem Festzuge beteiligen. Der Vorstand.

Entin. Die Tollwut ist nunmehr auch in unserm Landesteil ausgebrochen, nachdem schon seit längerer Zeit in unseren Nachbargebieten zahlreiche Fälle zu verzeichnen gewesen waren. Laut amtlicher Bekanntmachung hat man zur Lokalisierung der Gefahr zunächst aus den südlichen Gemeinden unseres Landesteils ein Sperrgebiet gebildet und scharfe Maßnahmen hinsichtlich der Hundehaltung angeordnet. In Kürze werden Richtlinien über die Behandlung der Hunde zur Vorbeugung des Ausbruchs der Tollwutkrankheit veröffentlicht werden.

Hamburg. Schwere Unfall in der Badeanstalt. Der in der Fruchtsallee wohnende 12 Jahre alte Schulknaabe Laß wollte in der Badeanstalt Steinwärders einen Kopfsprung ausführen. Der Junge sprang zu kurz, schlug mit dem Kopf auf Eisenteile des Bontons auf und fiel dann ins Wasser. Der Knabe muß sofort tot gewesen sein. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Partei-Konferenz für das Land Radeburg.

Sch. Schönberg i. M., 28. Juli.

Am Sonntag, dem 27. Juli fand hier eine Konferenz statt, zu der die Ortsvereine aus dem Lande Radeburg mit 11 Delegierten vertreten waren. Außerdem waren die Gen. Bartsch-Neufeld, Weiß und Wolfradt-Lübeck und verschiedene Gäste anwesend.

Gen. Weiß eröffnete die Sitzung und sprach dann zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Unser zukünftige Arbeit“. Er berichtete über die Ergebnisse der Reichstagswahl und streifte hierbei die wesentliche Verschiebung des Ergebnisses zu unserem Gunsten seit der letzten Landtagswahl. Die Folge davon müsse aber sein: engere Zusammenarbeit in den einzelnen Ortsvereinen, bester Ausbau der bestehenden Arbeitsgemeinschaft und regere Agitationsarbeit im Lande. Zum Schlusse seiner Ausführungen wies er darauf hin, daß uns noch in Kürze schwere politische Aufgaben bevorstünden und wir alles daran zu setzen hätten, das in uns bei der Reichstagswahl erworbene Vertrauen zu rechtfertigen.

In der regen Aussprache wurde den tätigen Lübecker Genossen, vor allen den Radfahrern, der Dank der Radeburger Genossen für ihre selbstlose Mitarbeit ausgesprochen. Die Gegenstände, die sich anfangs in der Debatte ergaben, wurden später durch die Ausführungen der Gen. Bartsch, Wolfradt und Weiß wieder ausgeglichen.

Im 2. Punkt wurde die Arbeitsgemeinschaft besprochen. Nach Verlesung der Satzung wurde der frühere Vorstand wiedergewählt bzw. ergänzt. Es sind dies die Gen. Arcuhsfeldt-Herrnburg, Sollow-Selmsdorf, Kofberg-Schönberg, Schumann-Bafingen und Schildt-Schönberg.

Anschließend referierte Gen. Wolfradt über das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Durch die Presse wird der Bund bekannt, so daß von allen Delegierten die Gründung des Reichsbanners befürwortet wurde. Material wird von Lübeck den Ortsvereinen zugefandt.

Kurz nach 5 Uhr konnte Gen. Weiß, nachdem noch einige Landeseingangsreden mit dem Gen. Bartsch besprochen waren, mit einem fröhlichen Hoch auf die Sozialdemokratie die Versammlung schließen.

lischen. Aus den hohen Speisen, die mit diesem gefährlichen Geschäft verbunden sind — denn auch der Kapitän des Seglers läßt sich nicht entziehen, bei derartigen Fahrten hohe Risikozuschläge zu den üblichen Frachtpreisen zahlen — kann man aber erkennen, wie einträglich und lohnend dieser Schmuggel sein muß. Freilich müssen die Schmuggler auch häufig genug unrichtigster Sache Recht machen, namentlich dann, wenn ihnen infolge der langen Abwesenheit der Proviant knapp zu werden beginnt. Dann heißt es in den Ausgangshafen zurückkehren und zu verkaufen, dort die Ware loszuwerden, was natürlich auf legalem Wege nicht möglich ist. So ist schon vielen kundigen Theatern die Lust zu weiteren Fahrten verloren gegangen, aber stets finden sich neue Abenteuerer, welche der künftigen Lohn nach einer glücklich vonstatten gegangenen Fahrt lockt.

Kapitän hat auch Deutschland mit seiner langgedehnten, flachen und sandigen Ostküste, deren geologische Beschaffenheit das Landen flacher Boote sehr erleichtert, viel unter den Wehren der Spiritus-Schmuggler zu leiden. Die Abwehrmaßnahmen werden daher eifrig betrieben, und man findet wohl an allen Küstenorten stationierte Zollbeamte, deren hauptsächlichste Aufgabe die Überwachung der Küsten ist. Aber, wie überall, ist auch hier der Spitzhieb dem Vandalen um einige Raketenlängen voraus, und den Schmugglern gelingt es häufig genug, auch dem achtbarsten Gendarm ein Schnippchen zu schlagen. Besonders das Frische und das Kurze der Fahrt sind häufig die Stätten erbitterter Kämpfe. Infolge der andauernden Sandabwehungen namentlich auf der Kurvenkehre — die dortigen „Wanderdünen“ sind eine Gefahrswürdigkeit ersten Ranges — verfährt das Schiff über zahl- reiche und weitausgedehnte Untiefen, so daß stellenweise das Wasser noch nicht einmal triebhoch steht, und eine Schiffsahrt mit den üblichen Holzbothen dort unmöglich ist. Diesen Umständen haben sich die Schmuggler zumuge gewandt, indem sie sich flachhender Fahrzeuge bedienen und sich auf die ihnen wohlbekannten Untiefen zurückziehen können, wenn sie verfolgt werden. Natürlich hat die Regierung nicht gezeugt, ähnlich konstruierte, flache Boote bauen zu lassen, um den Schmugglern in die Untiefen folgen zu können; und der Kampf geht weiter.

Was die Schmuggler sonst von ihren Maßnahmen gegen die „Heberfälle“ der Beamten erzählen, mag zum Teil eitel Renommance sein, beweist aber, mit welcher Erbitterung auf beiden Seiten gekämpft wird. Stellt ein Zollhüter bei schwerem Seegang einen Schmuggler, so beschwert dieser, nach dem Bericht eines verwegeneren Kellen, in aller Eile das ganze Deck mit grüner Seife, und erwartet in der Stellung „handsup“ die Beamten. Kann das die auf dem Deck, so gleiten sie auf dem schlüpfrigen Boden des schwankenden Schiffes sofort aus, verlieren den Haß und werden so von den Schmugglern leicht überwältigt oder gar erschlagen.

Die Arbeit solcher Verstecke läßt sich natürlich nicht kontrol-

Achtundzwanzigster deutscher Krankentagg.

S.P.D. Hamburg, 28. Juli.

Unter starker Beteiligung von Vertretern aus allen Teilen Deutschlands nahm am 27. Juli 1924 der 28. deutsche Krankentagg in Hamburg seinen Anfang. Den Auftakt bildete ein Empfang beim Hamburger Senat am Sonnabend. Die eigentliche Tagung nahm am Sonntag ihren Anfang. Von den Begrüßungsreden war die des Ministerialdirektors Dr. Geisler vom Reichsarbeitsministerium bemerkenswert, der auf die aufrichtigen Beziehungen zwischen dem Reichsarbeitsministerium und dem Hamburger Tagung sei deshalb bedeutungsvoll, weil die Krankentaggung der Seeleute in nächster Zeit geregelt werde.

In das Präsidium wurden die Herren Lang-Hamburg und Stadtrat Meens-Berlin gewählt. Das erste Referat hielt Ministerialdirektor Dr. Geisler über den Umbau der Sozialversicherung. Für die Leistungen forderte der Referent Umgestaltung nach dem Familienstande und Ausbau der vorbeugenden Heilversuchen. Eine engere Zusammenarbeit der Krankentagg, Invaliden- und Unfallversicherung sei erforderlich. — In der Diskussion wandte sich Reichstagsabgeordneter Graj-Pforzheim scharf gegen die sogenannten Berufsvereine, die mit den höchsten Verwaltungskosten arbeiten und den Ortskrankentagg die besten Risiken entziehen, ohne dafür besondere Leistungen bieten zu können. Der Redner bedauerte, daß die Regierung die Gemüchtigungsgehe nicht dazu benutzt habe, um hier gründlich Ordnung zu schaffen. Er lehnte die Neugründung von Berufs- und Betriebskrankentagg ab. — Der folgende Redner Hallmann-Magdeburg unterstrich diese Ausführungen. — Die Versammlung nahm darauf zwei Entschließungen an, die alle Beiträger auf Zulassung neuer Erkrankten scharf zurückweisen und sich gegen den Abbau der Versicherungsleistungen wenden.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Wiederaufnahme der sozialhygienischen Arbeiten“ berichtete Professor Dr. Grotian-Berlin. Jetzt gilt es, die schleichenden Krankheitszustände und verheerenden Infektionskrankheiten mit Erfolg zu bekämpfen. Diese Aufgaben begegnen sich mit den Interessen der Krankentagg, denen gerade die schleichenden Krankheiten die größte Belastung auferlegen. Die Einbeziehung der Familienmitglieder in die Wohlfahrt der Krankentagg sollte möglichst allgemein durchgeführt werden. Wichtig ist auch die Beschäftigung geistig-trunkter in Heime und Kuranstalten, wichtiger aber ist doch immer noch eine großzügige Gewährung von Krankentaggaußenhalt. Mühsamswert ist ferner, daß die Kassen die Gewährung von Milch an ihre Mitglieder wieder aufnehmen. Endlich müssen die Träger der Krankentagg durch die hoffentlich bald kommende Reform der Versicherungsgesetzgebung unter Erhaltung der Selbstverwaltung vereinfacht und mit den Kommunalverwaltungen und den Trägern der Invalidenversicherung in eine engere Verbindung gebracht werden.

Anschließend folgte ein zweites Referat von Dr. Albert Cohn-Berlin über die Wege, die zur Wiederaufnahme sozialhygienischer Arbeiten führen. Dr. Cohn richte die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten in den Vorbergründ durch seine Ausführungen. In der Gesundheitsfürsorge muß die Arbeit unverzüglich fortgesetzt werden, damit die Erhaltung der Arbeitskraft gewährleistet werde. Die Krankentagg müssen auch auf dem Gebiete der Wohnungswesen keine Gewährung des Volkskörpers erfolgen kann. Besonders wandte sich der Redner gegen die Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel, wie sie durch die Koczölle erfolgen. Von einer Übertragung der sozialhygienischen Arbeiten von den Krankentagg auf die öffentliche Fürsorge ver spricht sich Dr. Cohn keinen Erfolg.

Als erster Diskussionsredner sprach Generaloberarzt a. D. Dr. Seib, welcher der Tuberkulosebekämpfung das Wort redete. Professor Dr. Wichmann-Hamburg wies darauf hin, daß ohne große Geldmittel eine Art der Fürsorge möglich sei, die für die mit Erbsyphilis Befallenen in Wirkung trete. Darunter versteht der Redner die Fürsorge für Kinder und Erwachsene, die ohne äußerliche Anzeichen an dieser schweren aller Geschlechtskrankheiten von Geburt an leiden. — Professor Dr. Kott-Berlin erklärte für die Arbeitsgemeinschaft sozialhygienischer Krankentagg die Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit mit den Krankentagg auf diesem Gebiete. — Frau F. Lohmann-Düsseldorf wünscht einen Ausbau der Versicherung besonders für die Hausfrauen.

Einstimmig nahm darauf die Versammlung eine Entschließung an, die eine Wiederaufnahme der sozialhygienischen Arbeiten fordert. Von vornherein muß dabei planmäßig und nach den Grundsätzen größter Wirtschaftlichkeit vorgegangen werden. Die Familienkassenhilfe ist die wichtigste sozialhygienische Maßnahme, die die Kasse gegenwärtig überhaupt treffen kann. Eine Zentralstelle für eine großzügige Belehrung und Aufklärung der Kassenmitglieder muß eingerichtet werden.

In die Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes

lieren. Immerhin steht das eine fest, daß sich auf dem durch den Berliner Friedensvertrag geschaffenen, äußerst günstigen Nährboden in der Ostsee ein vorzüglich organisiertes Schmuggler- und Piratenwesen entwickelt hat, das in unserer sonst so mächternen Zeit einer gewissen Romantik nicht entbehrt. Andererseits werden dadurch alle Anliegerstaaten in ihren wichtigsten Interessen auf das empfindlichste geschädigt, abgesehen davon, daß — wie bereits angedeutet — die Moral und die Staatsgesinnung der Küstenbevölkerung schweren Gefahren ausgesetzt ist. Es wäre daher sehr angebracht, wenn endlich alle Ostseestaaten gemeinsame Schritte zur Abwehr dieses Unfalls in die Wege leiten wollten. (Voll. Ftg.)

Mangel in Amerika. Während bei uns der Arztberuf überfüllt ist, leidet Amerika an einem immer fühlbarer werdenden Mangel an Ärzten. Die Zahl der medizinischen Fakultäten in den Vereinigten Staaten ist in den letzten 20 Jahren von 159 auf 82 zurückgegangen, die der Medizin Studierenden von 29 000 auf 17 000. In den Süd- und Oststaaten sind die Ärzte durchschnittlich 50 Jahre alt, und für die, die sterben, findet sich selten Ersatz. Philadelphia zählt 1 Arzt auf 526 Einwohner, Pittsburg 1 auf 447, aber im übrigen Staat von Pennsylvania kommt ein Arzt auf mehr als 1000 Einwohner, in New Hampshire sind 110 Städte von 226 ohne einen dort ständig wohnenden Arzt. In einzelnen Städten haben sich die sämtlichen Bewohner zusammengenommen, um einen Arzt eine jährliche Einnahme von 3000 Dollar zu garantieren, da sich nur auf diese Weise einen Arzt zur Niederlassung bewegen können.

Die Wanderungen der Zigeuner. Herkunft, Sprache und Wanderungen der Zigeuner sind seit langer Zeit Gegenstand zahlreicher Untersuchungen gewesen, deren Hauptergebnisse heute im wesentlichen nicht mehr bestritten sind. Dennoch gibt die Geschichte des eigenartigen Volkes in ihren Einzelheiten auch heute noch der Wissenschaft manches Rätsel auf. Vor kurzem hat nun ein englischer Forscher, J. Sampson, neues Material über die Wanderungen der Zigeuner veröffentlicht; danach vollzog sich die von der Wissenschaft auf Grund der Zigeunertraditionen angenommene Trennung des ursprünglich einheitlichen Volkes in Persien, das die Zigeuner auf ihrem Zuge aus der indischen Heimat vor dem 10. Jahrhundert erreicht hatten und wo sie einige Zeit geblieben waren. Die eine Gruppe, die sprachenlose Gypsisten, die andere Gruppe, die „Ben“, bezogen sich nach Syrien aus; ihre Nachkommen sind die Zigeuner in Palästina, Syrien, im gegenwärtigen Persien und Transkaukasien sowie in Ägypten; die andere Gruppe, die „Ben“, zog nach einem Aufenthalt in Armenien gegen Westen durch Kurdistan und das Byzantinische Reich. Sie kam dann nach dem Peloponnes, von wo sie im 15. Jahrhundert Europa überquerten.

Wirtschaftliche Behandlungsweise teilten sich Oberarzt Dr. R. H. Berlin und Direktor Dr. K. Naack-Hamburg. Dr. Prill führte aus: Die wirtschaftliche Behandlungsweise ist unmöglich ohne Mitwirkung der Ärzteschaft. Dazu genügt es nicht, daß die Rassen Forderungen stellen, vielmehr müssen die Ärzte schon bei der Ausbildung aufgeklärt werden, damit sie allmählich in ihre neue Aufgabe hineinwachsen. Dr. Naack erklärte dann die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Behandlungsweise vom Standpunkt des praktischen Arztes aus. Es bedarf eines weiten Ausbaues des Vertrauensarzt-Systems. Zur vertrauensärztlichen Tätigkeit müssen auch in viel weiterem Umfang als bisher Spezialärzte herangezogen werden. Die beste wirtschaftliche Behandlungsweise ist die Gesundheitsprophylaxe. Sie darf nicht durchgeführt werden ohne den engsten Zusammenhang mit der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung, durch die schwächliche und kränkliche Personen anderen Berufen zugeführt werden können, für die ihre Arbeitskraft ausreicht. Die wirtschaftliche Behandlungsweise ist nicht zu erreichen im Kampfe zwischen Rassen und Ärzten, sondern in enger Zusammenarbeit. — Eine Entschärfung im Sinne des Referenten wurde einstimmig angenommen.

Am Montag vormittag referierte zunächst der Geschäftsführer Karl Lehmann-Dresden über die Arztfrage. Die wirtschaftliche Entwicklung hätte zu einer Proletarisierung der Ärzte geführt. Die Ärzte hätten sich jedoch nicht in die Front der Hand- und Kopparbeiter eingereiht. Es scheint, als ob manchen Ärzten sogar an dem Verschwinden der Sozialversicherung gelegen sei. Sie dürften aber nicht vergessen, daß die Vernichtung der Sozialversicherung auch zum Ruin des Arztberufes führen müsse. Einen Weg zur Lösung der Arztfrage, wie sie heute besteht, sieht der Redner in der Einrichtung von Ambulatorien. Die Krankenkassen hätten keine Veranlassung, sich mit ihren wichtigsten Mitarbeitern heranzusetzen. Sie legten im Gegenteil den größten Wert darauf, mit einer sozial eingestellten Ärzteschaft an dem Wiederaufbau des Volkes auf gesundheitslichem Gebiet zusammenzuarbeiten.

In der Debatte äußerte sich dann noch Rechtsanwalt Dr. H. Nürnberg-Mürnberg. Er hält es nicht für nötig, in allen Orten Ambulatorien einzurichten und schlägt vor, bei den kleineren Rassen einen Ausbau des Vertrauensarzt-systems vorzunehmen. — Abschluß wurde in den geschäftlichen Teil der Tagesordnung eingetreten.

Genossenschaften.

Konsumvereine als Landwirte. Die deutschen Konsumvereine haben sich bisher nur in geringem Maße als Landwirte versucht. Bei den britischen ist das mehr der Fall. Bisher wurde jedoch nur ein sehr geringer Erfolg erzielt. Seit 1913 ist das bewirtschaftete Areal um das Fünffache, das darin angelegte Kapital um das Fünfzehnfache gestiegen. Durchschnittlich sind die Landwirte klein, werden aber trotzdem fast ausschließlich mißwirtschaftlich betrieben; nur selten findet man Geflügelzucht, Melkerei, Schweinezucht etc. Viehzucht und Molkerei liefern jedoch noch bescheidene Erfolge, während die bei der Pflanzwirtschaft erzielten Ergebnisse sehr unbefriedigend sind. Aus dem Berichte der Cooperative Union für 1922 ergibt sich, daß 28 Genossenschaften im Landwirtschaftsbetrieb einen Ueberschuß erzielten, der zwischen 3 Pfund Sterling und 643 Pfund Sterling schwankte, während 117 mit einem Fehlbetrag abschlossen, der zwischen 7 Pfund Sterling und 97 492 Pfund Sterling (dies betrifft die englische Großverkaufsgesellschaft) betrug. Ueber 10 000 Pfund Sterling betrug der Verlust noch bei vier Konsumvereinen. Bei einigen Genossenschaften ist ausnahmslos jedes Jahr ein Fehlbetrag vorhanden gewesen; einige haben deshalb beschlossen, die Landwirtschaft an den Nagel zu hängen und ihre Güter zu verkaufen. Insgesamt werden in Großbritannien etwa 33 000 Hektar Land von Konsumvereinen bewirtschaftet.

Vermischte Nachrichten.

In der preussisch-süddeutschen Klassenlotterie wird das seit einiger Zeit in Anwendung gebrachte System der Endzahlen bei der nächsten Ziehung wieder aufgehoben. Es erfreute sich im Publikum auch keinerlei Sympathien. Hatte schon die allgemeine Geldknappheit die Nachfrage nach Losen ziemlich erheblich eingeschränkt, so trug auch das System der Endzahlen zum Nachlassen des Interesses an der Lotterie bei. — Mit der am 10. Oktober beginnenden neuen Ziehungperiode wird das alte Ziehungssystem wieder eingeführt.

Versuch eines Attentats auf einen D-Zug. Die Strecke Berlin-Görlitz, die schon einmal vor Jahren bei der Station Schleife, in der Nähe von Spremberg, der Schauplatz eines der furchterlichsten deutschen Eisenbahnunfälle gewesen, hätte um ein Haar, und zwar auf der Strecke Berlin-Rottbus in der Nähe von Lübben, abermals ein in seinen Folgen armütlich abzumessendes Unheil gesehen. Zwischen den Bahnhöfen Brand und Schönwalde waren zwei große eiserne Platten, die ein Gewicht von je einem Zentner hatten, und mehrere schwere Steine auf die Schienen gelegt. Die Täter hatten es auf den D-Zug D 191 aus Berlin abgesehen, der aber eine kurze Verspätung aufzuweisen hatte. Aus diesem Grunde passierte zuerst der Güterzug 6941 die Strecke. Nur diesem Umstande ist es zu verdanken, daß ein schweres Unglück verhütet wurde. Durch die Geistesgegenwart des Lokomotivführers des Güterzuges wurde der Zug rechtzeitig zum Stehen gebracht. Die Staatsanwaltschaft hat sich sofort der Angelegenheit bemächtigt und die Polizei entsandte ein Aufgebot von Feldjägern. Hund nahmene eine Spur nach einem in der Nähe liegenden Gehäus auf. Hier hatten sich die Täter versteckt gehalten und auf die Folgen ihres Anschlages gewartet und sind dann im Dickicht des Waldes verschwunden.

64 Schulkinder bei einem Schuleinsturz getötet. Infolge der Ueberschwemmungen ist, wie aus Madras (Indien) gemeldet wird, eine Knabenschule in Cheruthuruthy im Staate Cochin eingestürzt. Ein Lehrer und 64 Schüler wurden getötet, zahlreiche Schüler verletzt.

Schwindelien mit Schecks. Auf Veranlassung der Leipziger Staatsanwaltschaft sind in Leipzig und Dresden zehn bedürftigste Schwindler verhaftet worden, die eine große Anzahl Leipziger Firmen durch Scheck- und Warenschwindel um sehr hohe Beträge geschädigt haben. Der Führer dieser Bande war der frühere Stumpfwarenhändler Paul B. J. in Leipzig, der mit dem 23jährigen Bankbeamten Loetsch Hand in Hand arbeitete. Die Zahl der ausgegebenen falschen Schecks war so groß, daß die beiden Schwindler noch vier Helfer benötigten, um die Schecks unterzubringen. Unter ihnen befindet sich auch ein Geldschmiedemacher. Außer diesen Personen wurden noch vier Mittäter in Dresden verhaftet; weitere Verhaftungen stehen bevor.

Veruchsfahrt eines Großgüter-Schnellzuges. Die Deutsche Reichsbahn hat kürzlich auf der Strecke Grünwald-Beelitz-Beitz Probefahrten mit einem schnellfahrenden Schnellzug gemacht und bei dieser Gelegenheit eine Fahrgeschwindigkeit von 100 Km./Std. erzielt. Der Probefahrt bestand aus 20 neuen 50-Tonnen-Großgüterwagen und einem Meßwagen des Eisenbahngeneralamtes, der mit genau arbeitenden Apparaten ausgerüstet war, um die Geschwindigkeit des Zuges, Zugkraft und Leistung der Lokomotive und die übrigen für die Untersuchung erforderlichen Größen festzustellen. Der Zug war mit Kump-Knorr-Bremsen ausgerüstet. Eine Bremsprobe ergab, daß von der Höchstgeschwindigkeit mit Hilfe der Schnellbremse auf 75 Meter abgebremst werden konnte. Als Vorpann des Probefuges dienten zwei Schnellzuglokomotiven. Gleichzeitig wurde bei diesen Veruchsfahrten auch eine neue selbsttätige Mittelpufferkupplung betrieblich erprobt.

Theater und Musik.

Ferruccio Busoni 1.

SPD. Mit Busoni ging der glänzendste Klaviervirtuose unserer Zeit und einer der bedeutendsten Musikertöpfe dahin. In seinem Klute war Südländisches und Deutsches gemischt. Beides drang in sein Wesen ein, aus beiden Strömungen wuchs seiner Kunst Leben zu. Er war ein Kämpfer, ohne daß er oft in die Arena des Polemikers trat. Das Wort meisterte er vollendet, aber es wurde nie Phrase; eher bekam es in seinen kurzen Aufsätzen und weniger größeren Schriften etwas epigrammatisch Ewiges, auch wenn es nur seiner eigenen vorwärtsdrängenden Spekulation galt. Seine Fühernatur war er, um die sich in der Schweiz wie in Berlin Schüler sammelten wie einst in Weimar an Liszt. Ein Mensch von Goethe'scher Art und voller Wissen. In den neunziger Jahren war er der Einzige, der es wagte, in großem Stile und systematisch die ersten französischen und russischen Modernitäten mit Ernst und Würde vorzuführen. Immer bei den Jungen, sah man ihn dem Expressionismus in der Malerei und Musik frühzeitig Gefolgshaft leisten. Den neuen Gesetzen des neuen Kunst-Ausdrucks ging er mit klünnen Gedanken nach; er entwickelte eine neue musikalische Weltanschauung, die sich auf dem Wege nach den Vertikalen aufbaute, und die vor 15 Jahren einer großen literarischen Kampfes heroorrief. (Pfitzner). Auch als Pianist ging er seine eigenen Wege. Sein Bach- und Mozartspiel war objektiv wie nur möglich, seine Interpretation leuchtete in überzeugter, genialer Einseitigkeit und trankte gleichzeitig an ihr. Persönlichkeiten des Meisters siegte immer und setzte selbst keine Stil-Bedenken hinweg.

Aus seiner Verankerung in deutsche Musik erwachsen die ewigen Werke seiner Nachdenkung, vor allem die klassische Ausgabe der Klavierwerke Bachs, aber auch seine Variationen über Bach'sche und Mozartsche Themen, seine großartig gebaute, riesenhafte Fantasia contrapunctissima, seine Sonaten in altem Stil. Immer mehr aber drängte es ihn von der Kompositionstheaterischer Dichtungen (Konzerte, Indische Phantasie, Salonstücke) zum Orchester. Hier glaubte er sein eigentliches schöpferisches Ich entdeckt zu haben. „Turandot“, „Arlecchino“ (in der vorigen Spielzeit auch in Lübeck aufgeführt. Auch in diesem Jahr wird eines seiner Werke in den Spielplan eingereiht), „Faust“ — neben der älteren „Brahmawalt“ waren dies die Bühnenerfolge des reifen Meisters. Während er versuchte, alte Formen neu zu beleben, drang in seine Melodie und Rhythmik, in die Farbe seines Orchesters etwas Entschlossenes, Leeres, Unerwartetes, das Buhnt selbst als der Musik letzte Reinheit und höchster Zweck erschien. Der Klang, der und neu, aber greifenhaft unerfüllt, überinteressant für Fachleute, aber blaß und monoton für den Genußsuchenden, wurde problematisch, wie vieles an der eigenen Produktion des schöpferisch nachgestaltenden Musikers. In Anregungen reich, ein Meister und ein Lehrer in kontrastischem Sinne, ein erleuchteter und erleuchteter Virtuose ist von uns gegangen. Dr. Kurt Singer.

Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“ zu beziehen.)
Victor Marguerite, Le Compagnon. (Der Gefährte.) Carl Schindler Verlag, Wien-Beipzig. — Jahrelang hat der Krieg die geistigen Brücken der Völker blockiert gehalten; nun sind sie wieder frei, und wir begrüßen als Erstes, der über Wien wieder zu uns kam, den Franzosen Victor Marguerite. Er ist schon seit Jahren bekannt durch seine Studien über die weiblichen Sitten; er vertritt die Ehrlichkeit der naturalistischen Schule. Das Kultur- und Geistesleben der kapitalistischen Bourgeoisie der Nachkriegszeit findet in seinem Werke keine treffende Beleuchtung; es ist das verfallende, fortumpeirte französische Bürgertum der Schieber und

Berufspolitiker, über das hier der Stab gebrochen wird. Unter dem Schein der herrschenden Moral und Sitte finden wir tiefsten Verfall des reinen Seelenlebens. Verderbnis bis in die Knochen. Der Verfasser verliert in seiner Schilderung das psychologische Problem der freien Liebe und Ehe zu lösen. Die Frau soll nicht die unterwürfige und überholte Genossin von gestern, sondern der gütlich liebende Weggefährte sein, der aus freiem Willen und in gleichem Schritt an der Seite des von ihr gewählten Mannes keine Wandererschaft begleitet. Die marxistische Behandlung des Themas von der Befreiung der in gesellschaftlichen Kreisen immer noch durch die Konvention verklärten Frau und von der Stellung des außerehelich geborenen Kindes wird in sozialistischen Kreisen viel Beachtung und Zustimmung finden. Sehr erfreulich sind auch seine passifischen Ideen, die er gelegentlich seiner Ausführungen und Wahrheiten über den letzten großen Krieg, bezeugt. Auch in diesem Werke finden wir zwischen den Zeilen wieder die philosophische Bestätigung, daß die Gewohnheit das Weite der Wahrheit nicht abändern kann; noch daß die Meinung des Menschen die Gerechtigkeit zerstören kann. Der Ruhm und die Ehre stehen auch heute noch am unrechten Ort; denn der, welcher einen Menschen tötet, verbirgt sein Angesicht; wer aber Tausende mordet, wird geehrt. Kein Lob und keine Ehre gibt es für den, der einem anderen das Leben gab; Triumphe aber und Königreiche sind die Belohnung des Mörders. — Für den ethisch höher Stehenden bietet das Buch viel Wahrheit und wird sicher mit Interesse gelesen werden. M. W. I.

Die Eroberung von Mexiko von Hernando Cortes betitelt sich ein neuer Band der verdienstvollen Brockhaus-Sammlung „Alte Reisen und Abenteuer“ (Bd. 9: Hernando Cortes, Die Eroberung von Mexiko. Nach dem Bericht des Diaz del Castillo. Bearbeitet von Dr. H. G. Borte. Mit 23 Abb. und 2 Karten. Gebunden 2,50 G.-M.) Die Sammlung legt besonderen Wert darauf, nur solche Berichte zu bringen, die von den Geschichtswissenschaften eine farbige und irische Darstellung geben, so daß sie für jedermann interessant und daneben unaufdringlich lehrreich sind. So auch wieder im vorliegenden Band. Cortes selbst hat über seine Entdeckungsfahrten ausführliche Berichte nach Spanien gesandt, die sicher äußerst wertvolle Dokumente für die Geschichte seiner Eroberungen bieten; an Stelle und irische seiner Darstellung aber werden sie von dem Werk eines Mannes in den Schatten gestellt, der an Cortes' Zügen und Abenteuer als einfacher Soldat teilnahm, des Diaz del Castillo. In ausgezeichnete deutsche, für den Rahmen der Sammlung gekürzte und von unwichtigen Beiwert befreite Uebersetzung erlebte wir das gewaltige Drama, das sich zu Beginn des 16. Jahrhunderts abspielte, als Cortes mit einem Häuflein Getreuer gegen das mächtige, auf hoher Kulturstufe stehende Aztekenreich anrückte, seinen jagunmüden Herrscher, den König Montezuma, gefangenetzte und endlich nach wechselvollem Kriegsglück seine Fahne auf den Trümmern der eroberten Hauptstadt aufpflanzen konnte. Bilder und Karten sind dem Werke beigegeben.

Geschäftliches.

Ein praktischer Wink für die Küche. Welche Hausfrau kennt nicht folgendes einfache und bequeme Rezept: Kochendes Wasser, 1 Maggi's Suppenwürfel und in kurzer Zeit sind 2 Teller guter, nahrhafter Suppe fertig, z. B. Erbs, Kartoffeln, Ochsenschwanz, Reis, Eierudeln oder irgend eine andere Sorte. Und es schmeckt „wie von Müttern“ gekocht, besonders wenn die Kochvorschrift genau beachtet wird. Diese ist natürlich nicht für alle Suppen die gleiche. Denn eine Suppe braucht mehr, die andere weniger Wasser; eine muß länger, eine andere weniger lange kochen usw. — In den jetzigen teuren Zeiten sind Maggi's Suppen besonders zu empfehlen.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte.

Die über den Britischen Inseln lagernde Depression schiebt sich jetzt gestern abend nur langsam gegen den Kontinent vor, ihre Ausläufer reichen zwar bereits nach Süd- und Mitteldeutschland und stellen mit dem über Bar abziehenden Tiefdruckgebiet eine flache Tiefdruckfurche dar, doch sind die Temperaturerhöhungen stark abgemildert, so daß wohl noch mit dem Auftreten von Gewittern, jedoch mit nur geringer Verschlechterung der Wetterlage zu rechnen ist. Das im Westen des Kanals sehr schwach nachdringende Hochdruckgebiet dürfte in den nächsten Tagen noch kaum zur Geltung kommen.

Vorhersage für den 30. und 31. Juli.

Zunächst heiter bis wolkig, frischweiser Regen oder Gewitter, später leichte Abkühlung und erneute Niederbühlage.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 29. Juli. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Die Stimmung bleibt nach wie vor fest, das Angebot vom Inlande ist klein geworden. Die Geldverhältnisse bedingen, daß aus zweiter Hand unter Preis zu kaufen ist. Weizen in Rentenmark per 1000 Kilo (4,20 Rentenmark = 1 Dollar). Weizen 180 bis 188, Roggen 142 bis 148, Hafer 154 bis 160, Sommergerste 180 bis 188, Wintergerste 170 bis 178 Mk., alles ab inländischer Station einschl. Vorkommern. Ausländische Gerste fälltig 208 bis 212, Mais loco 156 bis 158 Mk., frei Kaimaggon, Delftuchen. Bei leicht gebessertem Geschäft konnten Preise weiter ansteigen.

Heu und Stroh. Hamburg, 29. Juli. Im Großhandel stellt sich der Preis für Wiesenheu, loco, Ernte 1924, auf 2,80 Mk., do. gepreßt auf 3,50 Mk.; Getreidestroh, gebündelt auf 1,60 Mk., do. gepreßt 1,70 Mk. Alle Preise beziehen sich je Zentner frei Waggon Bahnhöfe Hamburg, Altona, Wandsbek, evtl. Deckenmiete. Tendenz: ruhig.

Amittlicher Teil

Öffentl. Versteigerung.

Am Freitag, dem 1. August d. J., vorm. 9 Uhr, sollen in der Versteigerungshalle des Gerichtshauses versteigert werden:

- 1 gr. Partie europ. u. überseeische Briefmarken, z. T. in Sägen, Notgeld, Briefmarken-u. Notgeldalben, Sofa, Sessel, Stühle, Tabak, 1 Partie Arbeitshosen, Westen, Jaden, Knaben- u. Kinderanzüge, Herrenmäntel, Gummiträger, Taschenmesser, Kinderkleider, 7 n. Pferdehülsen, 1 Reol, 1 fl. Tisch, 3 Bügelkalkfägen, 1 Langlochbohrmaschine, 1 Barograph. 6086

Das Gerichtsvollzieheramt.

Das Gesetz- und Verordnungsblatt

der freien und Hansestadt Lübeck, Nr. 86 vom 29. Juli 1924 enthält: (6083)
Ausführungsverordnung zur Börsensteuerverordnung vom 14. Februar 1924.

Speicher

auf dem Grundstück I. Wallstraße 1/3 (frühere Salzspeicher) zu vermieten. Näheres Fleischhauerstraße 18, Zimmer 6. Die Finanzbehörde. 6084

Nichtamtlicher Teil

Plötzlich und unerwartet starb unsere liebe Kollegin

Luise Reusch 6026

Wir verlieren in ihr eine ebenso werthe, wie tüchtige Kollegin. Ihr Andenken werden wir stets in Ehren halten!

Die Angestellten.

der Firma Holstenhaus, G. m. b. H.

Am 29. Juli 1924 verschied nach kurzer, schwerer Krankheit ganz unerwartet unsere Kassiererin, Fräulein

Luise Reusch

Wir verlieren in dieser eine pflichtgetreue Angestellte, deren Andenken wir jederzeit wahren werden!
6025) Holstenhaus.

Zentralverband der Angestellten Ortsgruppe Lübeck.

Am 29. Juli verstarb plötzlich unsere Kollegin (6021)

Luise Reusch.

Wir werden ihrer stets gedenken.
Der Vorstand.

Allen Teilnehmern u. Kranzspendern bei der Beerdigung unserer teuren Entschlafenen, insbesondere dem Sportverein und der Belegschaft Ewers unseren innigsten Dank.

R. Wilken und Angehörige.

Ein Gedächtniszug, fast neu, für gr. sch. Figur, u. ein Zylinder (Klapp). Gr. 55, billig zu verk. (6083) Sabowstraße 11a.

3 Zim.-Wohn. (Marli) gegen gleiche Räumlichkeiten zu tausch. gesucht. Ang. u. D 273 a. d. G. (6009)

Einj. möbl. Zimmer für j. Mann zu verm. (6081) Friedenstr. 84, I. l.

Haus Nieder-Büßau, (6. d. Schlenke), m. Stall, Garten u. Wachtland (geh. Sager), soll am Freitag, 1. August, auf Meißgebot billig an Ort und Stelle durch mich verkauft werden. 6013) Robert Wogast.

Milch- u. Schlachtziegen zu höchsten Preisen zu kaufen ges. Ang. u. D 276 an die Exp. d. Bl. (6022)

Ein Haus in der Worsstadt zu kaufen gesucht. Anzahlung ca. 2000 Mk. Ang. u. D 274 a. d. G. (6009)

Futterkartoffeln z. kaufen gesucht. (6011) Benthin, Marktstr. 44a.

Kl. led. Handsoffer gef. Ang. unt. D 278 an die Exp. d. Bl. (6027)

Piano, Schlafzimmer, Holstergarnitur gesucht. Ang. m. Preisang. unter D 275 a. d. Exp. (6018)

Fahrräder, kauf!

O. Störzner, Düst. 54.
Wer schenkt einer arm. Waife einen Puppenwagen. Ang. u. D 277 an die Exp. d. Bl. (6028)

50. Todestag

Erst Renters

Ausgewählte Werte 3 Bände Ganzleinen 13,50 Mk.

Buchhandlung des **Lüb. Volksboten** Johannistr. 46.

Die Stimme der Jugend

Die Freiheit spricht:

Gebunden lag ich im tiefsten Turm der Zeit,
Fern von Luft und Winden, von Sonne und Sternen weit,
Alle Glieder geschnürt mit Eisenketten, mit goldenen Striden,
Ueber dem Haupt ein schwarzes Netz, um nicht den Tag zu erblicken.

Trauer und Scham im Herzen, Groll und Gram im Blut,
Sah ich im dunklen Vertief in waffenklirrender Hüt,
Wolken wehten über meine Trübsal.

Da geschah es . . . An jenem nebelhaften Tag
Bebten die starken Mauern unter Donner Schlag,
Bis in den Grund erschüttert wankte der Turm.
Jede Bastille erlebt ihren Bastillensturm.

Voll rief die Tore des Zwingers auf,
Holte mich aus der grauen Gruft heraus,
Löste mich aus den Ketten, Stricken, Nehen und Banden . . .
Wieder bin ich frei unter freiem Himmel gestanden.
Glorreicher Tag der Tat!

Voll, nnu führ' ich dich!
Voll, schließe enger den Ring um mich!
Sahst du mich aus dem Kerker befreit,
Hüte mich gut! Sie halten schon wieder den Käfig bereit.
Voll, nicht müde werden! Wach sein! Zaudre nicht!
Höre und merke, was die Stimme der Freiheit spricht!

Alle rufen dich jetzt in meinem Namen an,
Jedes Werk wird in meinem Zeichen getan,
Und doch kenne ich viele nicht, noch ihre Tat,
Weiß nichts von ihrem Irrtum und falschem Rat.

Voll, steh mir im großen Werke bei!
Halte dich selbst gebunden! Dann bleibt die Freiheit frei!
Karl Bröger.

Jugend und gemeindliche Bildungspflege.

Schule und Bücherei.

Von Dr. Willy Pieth.

Mensch in Masse befreien, Gemeinschaft in Masse befreien!
Ist Ernst Toller's Mahnung in seinem Drama „Masse Mensch“.
Diese Befreiung der Menschheit kann nicht früh genug einsetzen.
Sie hat schon bei der Jugend zu beginnen. Mensch in Masse be-
freien, Sozialisierung des Geistes ist der Kern unserer Zeit. Er
wurde naturnotwendig geboren aus dem Maschinenzeitalter.
Staat, Gemeinden und Erziehungsgemeinschaften haben auf diesem
Gebiete große Aufgaben. Jugend und Elternhaus hat ein berech-
tigtes Interesse daran, zu erfahren, wie Staat und Gemeinde
diesen Aufgaben gerecht werden.

Schulmäßige und außerschulmäßige Bildungseinrichtungen
müssen Hand in Hand miteinander gehen, müssen ineinander
greifen wie die Räder einer Maschine. Fort mit allem unnötigen
Reformpartikularismus! Gemeinschaftsarbeit ist die Forderung
unserer Zeit! Und diese Gemeinschaft soll auch zwischen den Ver-
waltungen aller Bildungseinrichtungen der Gemeinde und des
Staates herrschen: zum Segen für die heranwachsende Jugend und
für die erwachsene Bevölkerung, die noch nicht stumpf geworden ist
im wirtschaftlichen Jagen und Hezen unserer Tage und im Kampfe
um das tägliche Brot.

Darum hat der jetzige Lübecker Bürgerhaushaltsausschuß für
Unterricht, Kunst und Wissenschaft aus neue in der ersten Lesung
der Gesetzentwürfe über die Gestaltung des Lübecker öffentlichen
Bildungswesens eine organische Zusammenfassung aller
Bildungseinrichtungen des Lübecker Freistaates in
einer großen Behörde gefordert und darin sowohl ein Amt für
das Schulwesen als auch ein Amt für das freie Bildungswesen
(ein Volkshilfsamt, das Büchereien, Museen, Volkshochschule,
Theater, Konzertwesen und Lichtspielreform umfaßt) vorgesehen.

Und aus dem Gedanken der Gemeinschaft herausgehoben ist
der zweite Gesetzentwurf über die „Selbstverwaltung der
Schulen“, der die kollegiale Schulverwaltung und mitbestimmende
Elternräte für jede Schule (außer den Kleinsten Vorschul-
klassen) und den Schulbeirat für alle Schulen gemeinsam vorsieht. Und
die Möglichkeit, Schülerausgänge zu bilden, ist auch im neuen Ent-
wurf gewahrt. Trotz aller Querschnitts- und Querschnitts-
gedanken unverändert geblieben. Hier gilt es, fruchtbaren Boden
zu bestellen im Sinne des Gemeinschaftsgedankens.

Zu dem nächsten Jahre wird auch die „Gemeinschafts-
schule“, für die in weitesten Kreisen der Lübecker Bevölkerung
ein so reges Interesse wachgerufen worden ist, ihr erstes Schuljahr
beginnen können. Zu diesem Zeitpunkt glaubt die Ober-
behörde ein zentral gelegenes Schulgebäude (die jetzige Gewer-
schule) frei machen zu können. Die guten Erfahrungen der Ham-
burger Versuchsschulen, die diesen Charakter der Gemeinschafts-
schulen tragen, lassen von der Arbeit dieser neuen Schulgestaltung
das Beste erwarten.

Und wie sieht es mit dem andern, gleichwertigen Zweige des
öffentlichen Bildungswesens? In allgemeinen wird auf diesen
Gebieten von den deutschen Ländern noch verhältnismäßig viel
zu wenig getan. Einzelne rühmliche Ausnahmen ändern an diesem
Bilde wenig. In Preußen z. B. werden immer wieder und zwar
mit vollem Rechte, Klagen darüber laut, wie gering die Zuschüsse
sind, die der Staat zum Volkshilfsamt gewährt. Die Aus-
nahmen unter den deutschen Ländern bilden nicht zum kleinsten
Teile die Großstädte. In den größeren deutschen Ländern ruhen
die Hauptlasten auf den Gemeinden: und es muß anerkannt wer-
den, daß sich die Großgemeinden im allgemeinen auf die ihnen
hierdurch erwachsenden Pflichten eingestellt haben. Bemerkens-
wert ist z. B. der Ausbau des Leipziger Bücherhallenwesens. Arg
fehlt es aber bei den kleineren Gemeinden im allgemeinen aus.
Und die Nachkriegszeit mit ihren wirtschaftlichen Notizen hat hier
wichtige hoffnungsvollen Kräfte zerstört und auch in den Groß-
gemeinden viele Rückschläge gesetzt. Esbau im freien
öffentlichen Bildungswesen aber ist Raubbau an
der Zukunft des Volkes!

Einmalige Staaten und Gemeinden gehen daher den unge-
kehrten Weg: und لابد kann feststellen, daß es auf dem bedeu-
tendsten Gebiete der gemeindlichen Bildungspflege, dem Bücher-
wesen, nicht nur keinen Krebsgang angenommen, sondern rüftig
fortwärtig geschritten ist. Es hat seine Stadtbibliothek reformiert
und stellt jetzt Räume für den unbedingt nötigen Erweiterungsbau
auf. Es hat die Bücher- und Lesehallen im vorigen Jahre der
Volkshilfsamt-Verwaltung angegliedert und sie damit
auf die gleiche Ebene mit der öffentlichen Bibliothek vor dem Zu-
sammenbruch gebracht, indem einen kräftigen Renaissancen zuge-
führt, es hat den Etat seiner Bibliotheken auf einen der heutigen
bedeutendsten Bedingungen entsprechenden Stand erhöht, und es hat
eine berechnigte Fortsetzung, die heute immer stärker von den

Bildungspflegern aller Länder — meist leider noch ohne Erfolg —
erhalten wird, bereits vor vier Jahren Rechnung getragen: durch
eine Landeswunderbücherei und Beratungsstelle allen denjenigen
kleinen Orten, die eine eigene Bücherei nicht besitzen und nicht
einrichten bzw. weiter ausbauen können, gute Bücher zuzuführen,
die jährlich nach der jeweiligen Zusammensetzung der örtlichen
Lesergemeinschaften im Einklang mit deren Vertrauensleuten
aufgenommen werden. „Jede Sendung enthält auch eine beson-
dere „Jugendabteilung“. Auch hier aber wird für die Errichtung
von Eigenbüchereien geworben.

Mehrheit ist von Ländern und Gemeinden die Forderung er-
halten worden, eine „Schulsteuer“ als prozentualen, niedrigen Zu-
schlag zur Einkommensteuer zu erheben, um die Bestimmungen der
Reichsordnung auch nach dieser Richtung durchzuführen. Die mit
allgemeiner steuerrechtlicher Gründe belegte bisherige Ablehnung
dieser Anträge darf nicht zum Erlahmen solcher Vorstöße führen,
wenn wir wirklich allen Volksgenossen den Weg zur Weiterbildung
garantieren wollen. Es ist vielmehr eine noch breitere Basis an-
zusetzen: einen allgemeinen Zuschlag zur Einkommensteuer „für
öffentliche Bildungszwecke“ gilt es zu fordern. Amerika und Eng-
land haben eine solche Steuer bereits für Bibliotheken (Biblio-
theksteuer) seit fünfundsiebzig Jahren; und der sehr hohe wirt-
schaftliche, kräftig geförderte Stand des dortigen volkstümlichen
Büchereiwesens, der ja im allgemeinen denjenigen des „Volkes der
Dichter und Denker“ weit übertrifft, beweist zum guten Teile die
Richtigkeit dieser Maßnahme. Belgien und die Tschechoslowakei
haben sich mit einer solchen Steuer und einer sehr eingehenden
Gesetzgebung über das öffentliche Bücherwesen, die auch für
Kleingemeinden öffentliche Büchereien vorschreibt, dem ange-
schlossen. Es ist eine Schande, daß wir in Deutschland noch immer
einige Großstädte haben, die überhaupt keine Bibliotheken be-
sitzen. Und mit welchem Bildungshochmut schauen Deutsche noch
vielfach auf andere Völker.

In Amerika hat man den Wert enger Zusammenarbeit zwi-
schen Schulen und Büchereien längst erkannt und dementsprechende
Maßnahmen getroffen. Bei der Gründung einer freien öffent-
lichen Bibliothek, die nach dem Aussprache des bekannten ameri-
kanischen Sozialpolitikers Max Kliney „das wichtigste Ereignis für
eine Stadt“ ist, wird auf diese Gemeinschaftsarbeit von Schule
und Bücherei von vornherein das allergrößte Gewicht gelegt.
„Wer die Jugend hat, hat die Zukunft.“ Will also die öffentliche
Bücherei planmäßige Bildungsarbeit treiben, so hat sie um die
Jugend des Volkes zu werben. Und die Schule soll sie darin mit
allen Kräften unterstützen! Hier bleibt an fast allen deutschen
Schulen aller Grade noch ungefähr alles zu tun. Manche Bücher-
verwaltungen, die sich nicht bürokratisch einstellen, veranstalten
wohl Einführungsverträge für Bücherbesitzer; sie können damit
aber natürlich nur einen kleinen Bruchteil der in Frage kommen-
den Volksgenossen erfassen. Zu fordern ist vielmehr, daß die
Schulen daneben, Hand in Hand mit den Büchereiverwaltungen,
diese Einführung ihrer Schuljüngend übernehmen.

Ich stimme den Ausführungen des Chefs der Volkshilfsbibliothek
Dr. W. Klein in Nr. 283 der „Eisener Allg. Ztg.“ durchaus bei:
„Es wäre kein Schaden, wenn in deutschen Unterricht
einige Stunden dazu verwendet würden, den Schülern die Einrich-
tungen der Bibliotheken zu erklären, ihnen zu zeigen, wie man sich
in der Bibliothek mit Anmeldung, Bücherbezug und dergleichen
verhält, später könnten die Nachschlagewerke und andere Mittel
der Büchereibenuzung erklärt werden, und zum Schluß müßte eine
Einführung in die dem Publikum zugänglichen Kataloge statt-
finden. Immer wieder sollten die Schüler auf die Bibliotheken
hingewiesen werden, vor allem aber beim Austritt aus der
Schule. Ihnen muß klar gemacht werden, daß das freie Bil-
dungswesen eine notwendige Ergänzung des schulmäßigen ist.“

Gerade die Zeit der Reifung ist oft die unglücklichste Zeit,
wo der Erlebnisreize die jungen Leute in die Lektüre des
schönsten Schundes hineintreibt oder wo sie, günstigeren Falles,
sich so vollkommen von der zweifelshaften Erzählergabe einer
Courts-Maler oder Maritini einwickeln lassen, daß sie immer
wieder danach verlangen und sich auf lange Zeit oder sogar in
ihrem ganzen Leben zum Lesen wertvoller Literatur nicht mehr
aufrufen. Auf diese beginnende Entwicklungsphase des jungen
Menschen hat aber die Volkshilfsbibliothek keinen unmittelbaren Einfluß
mehr. . . . Hier muß das freie Bildungswesen einsetzten, hier bie-
tet sich ein fruchtbares Arbeitsfeld für die Volkshilfs- und Bildungs-
büchereien. Sie müssen dem noch primitiven Leser, der ratlos in
der Wahl des Buches ist und nur seinen Erlebnisreize fruchtbar
will, helfen, das gute Buch von dem schlechten unterscheiden zu
lernen.

Ich empfehle daher der Schulverwaltung, diese Frage zu prü-
fen und geeignete Maßnahmen zu treffen, damit die unbedingt
nötige Einführung der älteren Schuljüngend in das Bücherwesen
fruchtbar auch von den Schulen in die Hand genommen wird.

Der lebendige Zug unserer heutigen Jugend, die zu ihrem
Teil Verantwortung mittragen will, scheint mir auch dafür zu
bürgen, daß die Jugend selbst die lebhafteste Interesse an
solchen Einführungen hat. Die Büchereiverwaltung ihrerseits
wird der Jugend bei ihren Lesereinstellungen, die sie sich selbst ge-
schaffen hat, mit ihrer Büchereiberatungsstelle stets gern zur Ver-
fügung stehen, um sie vor Zeit und Verdruss sparenden Umwegen
zu schützen. Solche nur von einer planmäßigen verarbeiteten Bücherei
zu erzielende Hilfe aber hat sich noch stets auf die Dauer als
notwendig erwiesen. Für die Führung einer Jugendlesestube
bedarf es jerner ständiger laufender Mittel. Baulich eine solche
Einrichtung nur auf milden Spenden oder Gelegenheitsereinnahmen
auf, so muß auf die Dauer eine Verschlimpfung der Bücherbestände
und damit eine Gewöhnung an ungespflegte Bücher erfolgen.
Und das schlägt dem Zwecke einer Bücherei doch geradezu ins
Gesicht.

Das Haus Königstraße 97 ist der Jugend als Jugendheim
überlassen. Nach dem Raumverteilungsplane der Schulverwal-
tung soll dieses Haus Jugendheim bleiben. Ungefähr alles aber
ist noch dafür zu tun, um dieses Haus für seinen neuen Zweck
wirklich instand zu setzen. „Licht Sonne herein!“ Die Jugend,
die zumeist in engen, unfreundlichen Wohnungen aufwächst, hat
Anspruch darauf, daß man ihr dies Heim wirklich zu einem
„Heim“, zu einer Stätte der Gemeinschaft und menschlichen Freude ge-
staltet! Es ist schon wahr, was Toller einmal sagt: „Man muß
den Menschen erst Obdach und Nahrung und ein bißchen Schön-
heit geben, ehe man von ihm verlangen darf, daß er gütig sei.“ —
Leuchtendes, frohmachendes Anstrich auf die Wände, einfaches,
aber solides und schönes Mobiliar dazu. Die hierfür beschafften
Bilder und Möbel, die ja wohl noch vielfach in Büros des
Jugendamtes sein sollen, reißlos dem Jugendheim zur Verfügung
gestellt! Die große Diele schön instand gesetzt, und in einem gut
zugänglichen Räume eine ausgesprochene Jugendlesestube,
auch für Vorleseabende geeignet, eingerichtet, die in An-
lehnung an die allgemeine Büchereiverwaltung unter weitest-
gehender Mitarbeit der Jugendtätigen selbst ausgebaut und ver-
waltet wird. Unsere Volkshilfsbibliothek haben bekanntlich längst
besondere Jugendabteilungen, deren Ausleihgeschäfte grundsätz-
lich jugendlichen Angehörigen anvertraut sind. Eine besondere
Jugendlesehalle haben sie nicht. Hier könnte eine sehr will-
kommene Ergänzung mit Hilfe und unter ständiger Mitarbeit der
Jugendverbände geschaffen werden, die freilich zweckmäßiger ge-
staltet werden würde als die bisherigen unzulänglichen Versuche,
die die Jugendverbände bisher in dieser Richtung angestellt haben.
Wahre gute Erfahrung, die unsere Jugendorganisationen dabei

andererseits gemacht haben, würden dem Aufbau einer guten
Jugendlesehalle nutzbar gemacht werden können. Der Gedanke
der aktiven Mitarbeit und Selbstverantwortlichkeit der Leserge-
meinschaften, der in der Wunderbücherei zweckmäßige Verwendung
findet, würde sich auch für die Jugendlesehalle sicherlich als frucht-
bar erweisen.

Drei internationale Jugendtage.

Wie bereits vor einigen Wochen angekündigt, fanden während
der Pfingsttage drei internationale Jugendtreffen statt, über deren
Verlauf jetzt begeisterte Berichte vorliegen.

Der tschechoslowakische Jugendtag. In Teplitz
Schönau versammelte sich die deutsche sozialistische Jugend in der
Tschechoslowakei zu ihrem ersten Reichsjugendtag. Aus dem gan-
zen Lande war die Jugend in großer Zahl erschienen, um an
dieser ersten großen Reichstagung teilzunehmen. Sie erhielt ein
besonderes Gepräge durch die starke Beteiligung reichsdeutscher
Genossen. Aus Sachsen waren etwa dreitausend junge Arbeiter
und Arbeiterinnen anwesend. Die Veranstaltungen nahmen den
besten Wetter den denkbar günstigsten Verlauf. Es fanden an
den beiden Pfingsttagen internationale Kundgebungen, Spiele
im Freien, Jugendfeste und Aufführungen in dem neuen Thea-
ter in Teplitz statt. Das Spielfest im Schloßpark zeigte den star-
ken Willen der Jugend, ein neues Gemeinschaftsleben zu gestalten.
Sprechstunde, Rezitatoren und eine sächsische Spielgruppe befruchteten
das Programm, das im übrigen auch jedem einzelnen Raum ge-
nug ließ, sich durch Volkstanz und Gesellschaftsspiel zu unterhalten.
An dieser ersten größeren Reichstagung, der am Abend vorher
ein großartiger Fackelzug vorangegangen war, nahmen etwa zehn-
tausend Jugendliche teil. Das Jugendfest wurde abgeschlossen mit
einem Demonstrationsspiel, der auf dem Marktplatz in Teplitz
endete. Hier sprachen Vertreter der Internationale, der Partei
und des tschechischen Bruderverbandes. Im Mittelpunkt der Ver-
anstaltung am zweiten Pfingsttag stand eine Aufführung von
„Florjan Geyer“ in dem kürzlich erst eröffneten Stadttheater in
Teplitz. Die Stunde der Trennung schlug viel zu früh, aber alle
Teilnehmer, in welches Land sie auch zurückkehrten, nahmen das
Bewußtsein mit, daß dieser erste Jugendtag ein voller Erfolg des
sozialistischen Jugendverbandes und ein glänzendes Zeugnis für
die starke internationale Gesinnung der in ihm vereinigten Jugend-
war.

Der dänische Jugendtag. Nicht minder erfolgreich
war die Veranstaltung des dänischen Jugendtages. Er wurde ein-
berufen nach dem Ort des Sitzes des Verbandes, Aarhus. Un-
gefähr tausend Jugendliche aus Dänemark, sowie schwedische
norwegische und deutsche Gäste waren hier die Teilnehmer. Und
auf dieser Tagung wechselten Veranstaltungen im Freien, Jugend-
feste und politische Kundgebungen in bunter Reihenfolge. Als
Ergebnis aber ein gutes Gesamtbild von dem Geist der jungen
sozialistischen Generation Dänemarks. Auf der Begrüßungsfeier
am Pfingstmontag dankte der sozialdemokratische Bürgermeister
der Stadt Aarhus im Namen der Stadtverwaltung für die Ab-
haltung der Tagung in Aarhus, während am Nachmittag in einer
Kundgebung vor der Stadt die verschiedenen ausländischen Dele-
gierten zu Wort kamen. Im Anschluß an diese Kundgebung fan-
den Spiele und Läufe im Freien statt, die besonders von der deut-
schen Gruppe geiegt wurden. Den Höhepunkt des ersten Tages
bildete eine Abendfeier im Gewerkschaftshaus, die mit einem aus-
erlesenen Programm eine riesige Festgemeinde mehrere Stunden
zusammenhielt. Um 12 Uhr nachts setzte sich ein Fackelzug durch
die Straßen der Stadt in Bewegung. Es war ein einzigartiges
Bild, so spät nachts die große Schar der begeisterten
Jugendlichen durch die stillen Straßen ziehen zu sehen. Auf dem
Marktplatz trat alles noch einmal zusammen, die Fackeln wurden
zusammengeworfen, und beim hellen Feuerlicht richtete der Vor-
sitzende der dänischen Organisation begeisterte Worte an die große
Versammlung. Braufend stiegen die Hochrufe auf die Internatio-
nale zum Himmel. Am zweiten Pfingsttag kam es zu einer wuch-
tigen politischen Kundgebung im Stadtpark von Aarhus. Dor-
waren etwa achttausend Menschen versammelt, als der gegenwär-
tige dänische Staatsminister Stauning zu einer Ansprache an die
Jugend das Podium betrat. Es war das erste Mal, daß er als
Ministerpräsident der dänischen Arbeiterregierung in einer öffent-
lichen Versammlung sprach. Sein Appell an die Jugend, sich vor-
zubereiten auf die Fortsetzung der Arbeit, die von der jetzigen
Arbeiterregierung begonnen wurde, fand begeisterte Zustimmung.
Am Abend führte der Dampfer viele Hunderte nach Kopenhagen
zurück. Bei der Abfahrt aus dem Hafen gab es noch einmal be-
geisterte Kundgebungen für die internationale sozialistische Be-
wegung.

Der holländische Jugendtag. Der holländische
Pfingstjugendtag fand bei starker Beteiligung bei Bierhouten statt.
Dort waren im hügeligen Heidegelände 170 große Militärzelte
aufgeschlagen, die die holländischen und ausländischen Gäste dieses
Pfingstfestes aufs beste beherbergten. Die deutsche und belgische
Brudervereinigung waren durch je eine Delegation Jugendlicher
vertreten. Diesen Jugendgruppen wurde wiederum ein überaus
herzlicher Empfang zuteil, und vor allem bot die Veranstaltung
auch die günstige Gelegenheit zur Anknüpfung enger freundschaft-
licher Beziehungen zwischen der belgischen und der deutschen Ar-
beiterjugend.

Am Sonnabend abend war feierliche Fahnenweihe auf dem
Raschheuvel, bei der Roos Borink eine begeisterte Weisrede
hielt. Am Sonntag vormittag zogen die Teilnehmergruppen in
die nähere Umgebung, um sich am Nachmittag wieder zur Auf-
führung eines Festspiels durch eine holländische Gruppe zusam-
menzufinden. Der erste Tag wurde beschlossen durch einen im-
ponenten Fackelzug am Abend über das Hügelgelände.

Der Montag war der Internationale gewidmet. Leider mußte
die hier vorgesehene Kundgebung in einem riesigen Zelt statt-
finden, da es tagsüber ununterbrochen regnete. Trotzdem kam es
aber zu einer eindrucksvollen Kundgebung. Es sprachen Roos
Borink für die holländische, Paul Müller-Frankfurt für
die deutsche und Christ de Brugker für die belgische
Jugend.

Als Abschiedsfeier für die belgischen und deutschen Delegierten
fand einige Tage später ein großes internationales Jugendtreffen
in Amsterdam statt, wo bei Tänzen, Liedern und Rezitationen
der holländischen, belgischen und deutschen Teilnehmer noch einmal
Grüße gewechselt wurden zwischen den internationalen Freunden.
Auch dieser holländische Jugendtag war ein voller Erfolg für
die Sache der holländischen sozialistischen Jugend und auch für die
Sache unserer Sozialistischen Jugend-Internationale.

Was lesen die Jugendlichen?

Die „Junge Gemeinde“ hat eine Kundfrage nach der Lektüre
der bewußten Jugend veranstaltet. Die sonst so begehrten No-
mane von Rudolf Herzog, Ganghofer, Strag kommen für die
Jugend sozusagen nicht in Betracht. Von alt und jung in glei-
cher Weise geschätzt werden Löns, Grenen, Storm und Dostojewski.
Von der Jugend wurden dagegen noch besonders verlangt von
allen Ernst Toller (an erster Stelle seine „Wandlung“) und
Gustav Landauer (Anruf zum Sozialismus). Sehr geschätzt
werden ferner Willy Braun, Leonhard Frank und Krapotkin.

Es wird darin u. a. gesagt: „Zu prüfen war die Frage, ob das Verlangen des Beklagten auf Austritt des Klägers aus dem Verband in dem dem Beklagten ausstehenden Mitgliedschaftsrechte keine Stütze findet, oder ob der Beklagte mit diesem Verlangen beauftragte Verhandlungsvertreter über die Rechte des Klägers im Streit über die Mitgliedschaft im Verband zu entscheiden hat. In dem Streit über die Mitgliedschaft im Verband ist das Verlangen des Klägers auch außerhalb seines Betriebes zu berücksichtigen, auch dann, wenn er nicht in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen ist. Handlungen des Klägers, die von ungünstigem Einfluß auf Verbands- und Mitgliedschaftsverhältnisse sind, kann der Verband unterlagen. Das solche Nachteile vorliegen, ist nach den Aussagen des Klagevertrages für die Beteiligten in dem gewerkschaftlichen Grundgesetz zu unterrichten. Hierzu gehört auch der Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wenn auch aus diesem Unterrecht ein Gegenstand zwischen dem Lehrgänger und Lehrling entstehen könnte, so mußte doch anderwärts berücksichtigt werden, daß in der heutigen Verhältnisse die Gewerkschaften, die familiär verbunden sind, als die einzigen Organisationsformen der Arbeiter anerkannt sind. Als Arbeitnehmer sind auch die Lehrlinge anzuprechen, da der Lehrlingsvertrag neben dem Eheungsvertrag auch einen Arbeitsvertrag enthält. Daraus ergibt sich, daß die Gewerkschaften, obwohl in Kampffeststellung gegen die Unternehmer stehend, berechtigt sind, unter häuslichen Schutze für die Lehrlinge einzutreten und für diese, soweit sie ihnen angehörend, wirksam tarifliche Vereinbarungen treffen können.“

Dann kann aber einem Lehrling, nur weil die Gewerkschaft eine Kampffeststellung gegen das Unternehmertum einnimmt, die Mitgliedschaft zur Gewerkschaft nicht verweigert werden, zumal auch noch die Genehmigung des Vaters vorliegt.

Jugendgenossen! Dieht aus diesem Urteil die Folgerung!
Streikt ein in die zukünftige Organisation!

Keine Kostenvorschuße beim Gewerbegericht.

Das Reichsarbeitsministerium weist in einem Rundschreiben vom 21. März 1924 darauf hin, daß die Gewerkschaften ein Recht haben, die Kosten der Klageerhebung bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten anzuführen. Das Gewerbegerichtsgesetz sieht, mit Ausnahme des Vorverfahrens für die Klage von 2000 bis 50000 Mark, Kostenvorschuße für die Klage von 2000 bis 50000 Mark vor. Ein solches Verlangen könnte daher nur auf das Gerichtsverfahren gestützt werden. Die Vorverfahren des Gerichtsverfahrens finden jedoch auf die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte keine Anwendung. Für diese gelten vielmehr ausschließlich die §§ 58 bis 60 des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes. Da sie keine Kostenvorschußpflicht begründen, kann eine solche auch nicht durch das Statut des Gewerbe- oder Kaufmannsgerichts eingeführt werden.

Unabhängigkeit u. Freiheit
kann sich die Arbeiterschaft verschaffen,
wenn sie restlos ihre Gelder der
Arbeiterbank
der Bankabteilung der G. A. - G. zuführt.
Die Bankabteilung der gemeinnützigen
Arbeitsgenossenschaft befindet sich
Munzestraße 49/51

Aus den Schlichtungsausschüssen

Der Betriebsrat ist nicht tariffähig.

Die Samtgemeinschaft in Quedlinburg weigert sich, den von ihnen am 1. April geschlossenen Arbeitsvertrag zu erneuern mit dem Hinweis auf einen Tarifvertrag, den die Arbeitgeber eingeleitet mit ihren Angestellten abgeschlossen hätten. Daraus brachten die Angestellten zum Ausdruck, daß sie einen von den Organisationsabteilungen des Tarifvertrages nicht haben wollten.

Der Schlichtungsausschuß stützte in der Sache folgenden Schlichtungsbericht:

„Von den Arbeitgeber sind mit den Angestellten betrieblich Eingekommen getroffen worden. Diese Vereinbarungen sind alle gleichlautend. Dies läßt erkennen, daß die Arbeitgeber selbst eine tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen für notwendig erachteten. Es läßt weiter kaum zweifeln, daß weniger die individuelle Gestaltung der Arbeitsbedingungen in den einzelnen Betrieben für die Festlegung der Arbeitsbedingungen bestimmend ist, als die

zunehmung, mit den zingemeinereorganisationen zu verhandeln. Tarifverträge können nur zwischen tariffähigen Organisationen abgeschlossen werden. Die kürzlich bestehenden betrieblichen Vereinbarungen sind keine Tarifverträge, da Betriebsvertretungen nicht tariffähig sind. Wird die Notwendigkeit für den Abschluß eines Tarifvertrages anerkannt, so muß auch ein Tarifvertrag abgeschlossen werden. Die Parteien werden aufgefordert, innerhalb zehn Tagen einen Tarifvertrag abzuschließen. Gelingt dies nicht, dann wird der Schlichtungsausschuß entscheiden.“

Literaturüberblick

„Die Arbeit“

„Die Arbeit“ erscheint im Verlag der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Sie wird herausgegeben von Theodor Leipart und redigiert von Lothar Wedmann.

Die Zeitschrift erscheint monatlich einmal monatlich und wird am 15. jedes Monats zur Ausgabe gelangen.

„Die Arbeit“ hat den Zweck, die mit den neuen erheblichen erweiterten Aufgaben der Gewerkschaften zunehmenden Aufgaben zu theoretischen und praktischen Tätigkeiten der Gewerkschaften.

„Die Arbeit“ soll den Gewerkschaften Gelegenheit bieten, bestehende Gegenstände in organisatorischen und gewerkschaftlichen Fragen zum höchsten Ausdruck zu bringen. Sie soll ihnen die Möglichkeit schaffen, in ihrem Meinungsstand, ohne parteipolitische oder gewerkschaftsbürokratische Rücksichten sich über die bedeutendsten Fragen zu verständigen, um die Einheit und Stoffkraft der Bewegung zu fördern.

„Die Arbeit“ soll die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den politischen und wirtschaftlichen Organisations der Arbeiterbewegung sowie zu den anderen Kreisen fördern, die sich mit den Problemen der sozialistischen Wirklichkeit und sozialistischen Kulturfragen beschäftigen, und die Stellung der Gewerkschaften im Ganzen der Arbeiterbewegung klären.

„Die Arbeit“ wendet sich vor allem an die heranwachsende gewerkschaftliche Jugendgeneration. Ihnen will sie ein Wegweiser sein zu den neuen Zielen sein, die sich für die Gewerkschaften aus ihrem Recht zu aktiver Mitwirkung an den wirtschaftsorganisations- und wirtschaftsorganisatorischen Aufgaben wie am Ausdruck des Arbeitsrechtes ergeben. Von dem Können und der Initiative der jungen Führer wird es abhängen, ob die Gewerkschaften die ihnen aufstehenden Probleme in der kommenden Zeit erfolgreich wachsend lösen, ob sie diese Probleme erweitern können.

„Die Arbeit“ soll die sich auf die Gesamtleitung der im ADGB vereinigten Gewerkschaften stützt, hat die führenden Gewerkschaftler zu ihrer Mitarbeit, sowohl der Arbeiter- und Angestellten- wie der Abenteurerbewegung. Darüber hinaus darf sie auf die Mitarbeit der maßgebenden Betriebsräte, Gewerkschaften und Sozialpolitiker der Sozialdemokratischen Partei rechnen.

„Die Arbeit“ hat eine Reihe der angesehensten Nationalökonom, Soziologen und Juristen zur Mitarbeit herangezogen, um die besten Kräfte für die Schaffung des gewerkschaftlichen Führernachwuchses zu gewinnen.

Das erste Heft der „Arbeit“ bringt folgende Aufsätze:

Lothar Wedmann: „Der Weg der Gewerkschaften“, Fritz Tarnow: „Wandlungen im Tarifvertragswesen“, Prof. Dr. Fritz Braun: „Die deutschen Gewerkschaften nach dem Beschäftigungsstand“, Theodor Leipart: „Die Stellung der Gewerkschaften in der internationalen Arbeiterbewegung“, Carl Plehn: „Die Kulturbedeutung des Arbeiterbewegens“, Franz Eppelt: „Der Ausgang des Arbeiterbewegens“, Martin Wagner: „Gemeinschaftspolitik“.

In der „Rundschau der Arbeit“ berichten: Franz Eppelt über „Lohn- und Tariffragen“, Fritz Schröder über „Die Entwicklung der Angestelltenbewegung“, Th. Köpfer über „Wandlungen der Gewerkschaften“, Franz Eppelt über „Organisationsfragen im ADGB“, Franz Eppelt über „Arbeiterinnen in der gewerkschaftlichen Auslieferung“, Theodor Thomae über „Gewerkschaften und Bildung“, und Paul Ufermann über „Die Kartellverordnungen und ihre Wirkungen“.

Das zweite Heft, das Mitte August erscheinen wird, wird folgende Aufsätze enthalten:

Robert Schmidt: „Sozialpolitik und Wirtschaft“, Hugo Singelmer: „Der Kampf um das neue Arbeitsrecht“, Dr. Otto Lippmann: „Arbeitsverhältnisse“, Richard Mohr: „Probleme der industriellen Betriebskontrolle“, Clemens Körpel: „Der Betriebsrat“, S. Aufhäuser: „Die Angestelltenbewegung“, H. Gollenberg: „Die neue Sozialistenbewegung“, und Fern Meyer: „Die Arbeiterbewegung“.

Der Abonnementpreis der „Arbeit“ beträgt vierteljährlich 3 Mk., für Organisationsmitglieder 2,40 Mk. Der Preis des einzelnen Heftes ist 1 Mk., für Organisationsmitglieder 0,80 Mk.

Besellungen, die ungesendet erfolgen müssen, werden auf dem Sekretariat des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes, Johannisstraße 48, pt., entgegengenommen.

Verantwortlich: Alfred Dregg, Lübeck, Johannisstr. 48, pt.

Der Ortsausflug

Offizielles Mitteilungsblatt des A. D. G. B., Ortsausflug Lübeck.

Nummer 5

Mittwoch, den 30. Juni 1924

2. Jahrgang

75 Jahre Buchdrucker-Verein in Lübeck.

Kann es im allgemeinen auch nicht Aufgabe des „Ortsausflusses“ sein, von den Vorkommnissen und Veranstaltungen der einzelnen Gewerkschaften Kenntnis zu geben, so gibt es doch auch in der Gewerkschaftsbewegung festlich gestaltete Gedenktage, an denen man Rückblick hält auf das vergangene und Geordnete, um aus der so gewonnenen Erkenntnis neue Kräfte zu sammeln für den täglichen Kampf. Von diesem Gesichtspunkte aus seien im folgenden einige Erinnerungen wiedergegeben aus der Geschichte des am 1. August 1849 gegründeten Ortsvereins Lübeck im Verbands der Deutschen Buchdrucker.

Wenn wir die zur 75jährigen Jubelfeier des Vereins vom Vorstande herausgegebene Festschrift aufschlagen, so zeigt uns die erste Seite das alte Buchdruckerwappen und darunter die Worte, die J. Jaffé 1848 beim Ausbruch des ersten größeren Buchdruckerstreiks in Berlin seinen Kollegen zutief:

„So stehen wir voll Ernst und Kraft — ein Bruder für den andern, So wollen wir gewissenhaft — dem Ziel entgegenwandern!“

Ein Bruder für den andern — das war und ist auch heute noch das Ziel und der Inhalt aller Gewerkschaftsarbeit, soll sie sich nicht in planlosen Einzelunternehmungen verzeffeln. Und gerade die Geschichte der Buchdrucker zeigt, was eine einige und geschlossene Arbeiterkraft, unbekümmert um das politische und religiöse Glaubensbekenntnis des einzelnen, erreicht nach dem Worte: Ein Bruder für den andern!

Es ist bekannt, daß die organisierten Buchdrucker nicht immer sich an die Tarifschlichte hielten, die den Gewerkschaften zu allen Zeiten von den verschiedensten Seiten erteilt wurden. Es sei nur erinnert an die Bestrebungen zum Abschluß von Tarifen, die bis in die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurückreichen und bis in die jüngste Gegenwart Anfeindungen mancher Art hervorriefen. Auch in den Kreisen der Buchdrucker war die Meinung über den Wert der Tarifabschlüsse nicht immer einheitlich. Im Gegenteil: die Opposition gegen den Tarif ging so weit, daß sich 1896 vom alten Verbands eine „Buchdrucker-Gewerkschaft“ abgespaltete, die den Kampf gegen die Tarifgemeinschaft auf ihre Fahne geschrieben hatte und dadurch die Zentralorganisation der Buchdrucker in ihren Grundlagen erschütterte. Das war die Zeit, als die politischen Arbeiterblätter die Tarifgemeinschaft als das Metakel der deutschen Gewerkschaftsbewegung bezeichneten und in ihr ein Hindernis für den reinen Klassenkampf sahen. Nun, die Gewerkschaften sind die Wege gegangen, die sie für die richtigen hielten, und heute ist ein Arbeitsverhältnis, welcher Art es auch sei, ohne feste tarifliche Abmachungen denkbar.

Die Lübecker organisierten Buchdrucker standen schon frühzeitig auf dem Standpunkt, daß das Arbeitsverhältnis einer tariflichen Regelung bedürfte, und sie blieben auch dabei, als der Kampf gegen die Tarifgemeinschaft 1896 bei ihrer Neuaufrichtung aufs höchste stieg. Dem Führer der Opposition erteilten die Lübecker Güterberggänger ein scharfes Mißtrauensvotum. Auch auf einem nicht minder umfrittenen Gebiete gewerkschaftlicher Arbeit, dem des Unterbewusstseins, betätigte man sich in Lübeck frühzeitig praktisch aufbauend. Im November 1849 wurden die „Kranken- und Sterbekasse“ und die „Statistikasse“ (Reiseunterstützung) gegründet, die bis in die neueste Zeit bestanden haben. Die Kassen standen in Gegenseitigkeit mit ähnlichen Einrichtungen an anderen Druckorten; jeder Zureisende mußte beitreten. Komte er nachweisen, Mitglied einer auf Freizügigkeit und Gegenseitigkeit gegründeten Kasse gewesen zu sein, dann blieb er vor der Zahlung eines Eintrittsgeldes frei. Die Statistikasse zählte 8 Schillinge (etwa 60 Pfennige), mit Einführung der Lagedelder nach 1875 1,50 Mark. Das Unterbewusstsein des Verbandes der Deutschen Buchdrucker ist im Laufe der Jahre vorbildlich für alle Gewerkschaften geworden, und mancher Warner von einst hat erkannt, daß mehr als alles Geschrei über „Harmoniebücherei“ und über die „Unterstützungsvereine“ der Arbeiterkraft genügt hat das „Ein Bruder für den andern“.

17 Jahre lang bestand der Buchdrucker-Verein in Lübeck, als 1866 nach wiederholten Versuchen der Verband der Deutschen Buchdrucker, wie er heute besteht, gegründet wurde. Anfangs als selbständiger Gau seit 1872 mit Mecklenburg zu einem solchen vereinigt, ist der Lübecker Ortsverein immer ein treues und eifriges

